

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- u. Feiertagen. Bezugspreis: 1 Pf. 10 H. (einschl. d. Post). Die neue Welt und für unsere Frauen monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mark einschl. Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mark einschl. Postgeb. Einzelnummern 5 Pfennig.

Volkswacht

Einzelgenpreise:
Die 6 gepostete Beilage 20 Pf.
die 3 gepostete Beilage 30 Pf.
Pfeilung, Abbestellung und Wochensatzungen 10 Pfennig. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 32

Danzig, Dienstag den 7. April 1914

5. Jahrgang

Korruption

Als die kommunale Herrschaft der Freisinnigen im Rathaus von den zentrums-konservativen Mittelständlern der Bürgerpartei zuerst angegriffen wurden, geschah das zunächst aus Gründen der Reinlichkeit. Wegen der großkapitalistische Interessen und Aktien-Wirtschaft gestalte das Geldgeschrei der schwarz-blauen Retter des Volkes. Sie rechneten genau aus, daß die Kohlen, die die Stadt für die Schulen braucht, nur von bestimmten Firmen zu überhöhen Preisen und unbestimmter Menge bezogen wurden. Sie lärmten, und durchaus mit Recht, wegen der spendabefehl Auslieferung des Ratskellers an die mit dem Räumlicher und späteren Oberbürgermeister Ehlers verschwägerte Weinfirma H. A. J. Jünde. Alle Geschäftemacherei dieser und ähnlicher Art, direkte wie indirekte, sollte bis auf den Grund ausgerollt werden, wenn die Bürgerschaft die christlich gesinnten Männer der Bürgerpartei als ehrliche Sachwalter der Heimatstadt in das Rathaus schicken würde.

Der Rummel zog, ähnlich wie in Wien, eine geraume Weile. Der fürchterliche Kohlenhändler und spätere Rentier Schmidt vermochte eine schwarz-blaue Herrschaft im städtischen Dreiklassenhaushalt einzurichten, unter die sich auch die einst von ihm geschmähten Freisinnigen aus kurzfristigem Haß gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei willig beugten.

Unter denen, die, außer Klawitter und Herzog, mit ihm zu dem großen Werke der kommunalen Reinigung ausgezogen, befand sich ein Herr, der sehr bittig und ironisch sein kann. Es ist der inzwischen ebenfalls zum Stadtverordneten avancierte Herr Dr. med. homöop. Friedrich Lenz, dazu Brandmeister a. D. sowie Redakteur und Verleger der Zeitschrift Norddeutscher Feuerwehrmann. Als Sachverständiger von fast europäischer Berühmtheit mußte er selbstverständlich in der Feuerwehr-Deputation seine bewährte Kraft für das Allgemeinwohl zur Verfügung stellen. Und bald spielte er dort auch die erste Geige. Er war doch eben der nicht bloß praktische, sondern sogar theoretische Sachverständige. Gegen sein Urteil konnte doch kein Vaie auskommen. Aber auch auf anderen Gebieten betätigte sich dieser reformatorische Stadtverordnete.

Zunächst förderte er absolut uneigennützig die Automobilisierung der Feuerwehr. Gings nach ihm, so wäre das letzte Feuerwehrpferd schon längst aus dem Stalle getrieben. Das Auto ist eben die Lösung der Modernen! Und irgend einen bösen Gedanken konnte dieser schöne Eifer für die Automobilisierung unmöglich auslösen. Die neuen Krupp-Prozesse haben doch ebenso wie der ältere Krieger Werft-Prozess bewiesen, was Reinlichkeit in öffentlichen Kestern wert ist. Zu mindestens wurden dadurch — Neugierige und Gefährdete gewarnt.

Herr Dr. med. Brandmeister a. D. und Redakteur Friedrich Lenz bedurfte solcher Belohnungen jedoch nicht. Er überwand die Schwierigkeiten, die sich seinem edlen Streben in den Weg stellten, wie geschmiert.

Für Lieferung der neuen Automobile der Feuerwehr kamen eine größere Anzahl von Firmen in Frage, die das schöne Geschäft und die damit verbundene Empfehlung natürlich alle gern gemacht hätten. Unter solchen Umständen fällt die Auswahl auch einem pflichtbewußten Sachverständigen erster Klasse sehr schwer. Technisch allein scheint manchem die Auswahl unter solchen Umständen zu wenig sicher. Andere, vielleicht finanzielle, Gesichtspunkte wirken zwar auch nicht als unfehlbares Orakel, bestimmen aber eher die Richtung der Entscheidung. Den Weg dieser Ueberzeugung scheint auch die Phantasie des Herrn schwarz-blauen Doktors gelustwandelt zu sein. Tatsache ist, daß er von einer Anzahl als Automobillieferanten in Frage kommenden Firmen bare Zuwendungen, auf gut deutsch Schmiergelder, erhalten und genommen hat! Von der hiesigen Firma Schielow und Förster erhielt er allein 600, in Worten: sechshundert Mark! In ähnlich respektabler Höhe hielten sich die Gaben, durch die andere Firmen die Sachkunde des Herrn Brandmeisters Dr. Lenz stärken mußten!

Auch bei der Einführung der Fernzündung für die Straßenbeleuchtung bewährte sich die modern gerichtete Sachkenntnis des Herrn Stadtverordneten Dr. Lenz. Auch dafür kamen mehrere große Firmen in Frage. Schließlich siegte die von ihm empfohlene Verlin-Anhaltische Maschinenbauanstalt. Von dieser nahm Lenz dann bare 7000, geschrieben: sieben tausend Mark ausdrücklich als Vermittlergebühr für die Zuvendigung des Geschäfts!

Ein Stadtverordneter, der nichts als seine Pflicht im Interesse der Stadt tun darf, läßt sich ein kleines Vermögen für seine natürlich nur pflichtmäßige Entscheidung bezahlen! Man steht einfach sprachlos vor dieser ungeheuerlichen Tatsache. Noch Tollereres gibt aber zu denken. Diese Dinge ruhen durchaus nicht mehr im verschwiegene Portemonnaie des pflichttreuen Stadt-

verordneten. Sie sind offiziell bekannt und behandelt worden. Dr. Lenz amtet trotzdem noch als Stadtverordneter. Seine schwarz-blauen Freunde kennen die Tatsache und sehen darin keinen Grund, das Rathaus von ihm zu befreien! Auch seine freisinnigen Blockbrüder, um Münsterberg, Dr. Herrmann und Dr. Fehrmann und die freisinnigen „Arbeiter“, Vertreter Heinrich Königsmann, Riß und Glas, wissen von den Taten. Ihr gemeinsamer Haß gegen die sozialdemokratische „Mischwirtschaft“ in der Kommune schließt jedoch den getrautesten schwarz-blauen Mitbruder.

So darf es natürlich nicht weitergehen. Die Bürgerschaft muß fordern, daß der Öffentlichkeit volle Klarheit über die Art, den Umfang und die zahlenmäßige Höhe der — Nebengeschäfte des Dr. Lenz gegeben wird! Es darf darüber nichts mehr verschwiegen werden. Sowohl der Magistrat wie auch die Stadtverordnetenversammlung sind nun verpflichtet, rücksichtslos ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun!

Es darf für Dr. Lenz auch keine Entschuldigung sein, daß es in Danzig leider noch immer üblich ist, daß Stadtverordnete mit dem Magistrat in geschäftlichen Beziehungen stehen. Es ist einfach unerhört, daß Stadtverordnete, die den Magistrat und seine Verwaltung unbefugt kontrollieren sollen, ein Interesse daran haben, sich mit ihm so zu stellen, daß sie Aufträge und Lieferungen erhalten. In dieser Hinsicht ist besonders der hausgarrische, sonst aber freisinnige Ultrareaktionär in Rathause, Regierungsbaumeister Schade, stark engagiert. Dieser Unfug ist in vielen Städten schon längst beseitigt. Er gehört jedoch mit zu den hauptsächlichsten Gründen, aus denen in Danzig die antisozialdemokratische Verbrüderung der Freisinnigen mit den Schwarz-Blauen zu den Stadtverordnetenwahlen geschlossen wurde.

Aber auch diese ungehörige Praxis und die Befangenheit ihrer Nutznießer und Verteidiger darf und kann Dr. Lenz nicht vor der Verantwortung für seine Taten retten.

Die polizeiliche Verhinderung einer Schulentlassungsfeier in Königsberg

Franz Krüger zweimal verhaftet!

Das Jugendheim gewaltsam angebrochen!

Eine unübergeklärte Aktion der Polizei — von dauerndem Nutzen, sofern sie nie wieder im Herzen der Arbeiterschaft, der Arbeiterjugend erlischt!

Wenn unsere Leser von dem Vorgang, den wir in Folgendem schildern, Notiz genommen haben werden, so werden sie sich nicht über die milde Schöpfung wundern dürfen, mit der wir selbst diesmal die Polizei und ihre beteiligten Organe beurteilen. Auch wenn die sogenannte „Rechtspflege“ nicht über jeden, der auch nur ein Wort des Unwillens über die Behörden äußert, nicht mit unannehmlichsten Strafen herfällt, würden wir uns nicht anders äußern. Unsere unbedingte Gerechtigkeitsliebe, die wie jedem in jeder Situation angeheben lassen, hindert uns die Personen, die dem preussischen Staat als Wertzeuge dienen müssen, für den Staat und seine Aufgaben verantwortlich zu machen. Die ganze verächtliche, niederträchtige Verfassung des Dreiklassenstaates erzwingt Ereignisse der geschehenen Art, Ereignisse, die ohne Zutun auch unserer Partei den Lauf der Geschichte vorwärts treiben, indem sie anspornend, aufrüttelnd, zündend wirken und den Gegensatz zwischen Staat und Volksmassen auf die Spitze treiben. Sicher sind die beteiligten Personen überzeugt, nur ihre Pflicht getan zu haben. Um so mehr richtet sich die ganze unversöhnliche Erbitterung gegen den preussischen Staat!

Vom Arbeiterbildungsausschuß war im Syburgerhaus eine Schulentlassungsfeier geplant, ein harmloses kleines Fest, wie es schon früher, und auch im vorigen Jahre, harmonisch und ohne Störung stattgefunden hatte. Es sollte diesmal anders kommen.

der Geist von Zabern weht durch das Land

und wer kurz vor 5 Uhr durch die Frenstraße ging, der konnte wahrnehmen, daß etwas außergewöhnliches im Gange war. Vor dem Syburgerhaus waren mehrere Polizeikommissare postiert und etliche Schulleute patrouillierten in der Straße.

Im Saale der Freien evangelischen Gemeinde hatten sich die Teilnehmer an der Schulentlassungsfeier versammelt; mit

dem Helm auf dem Kopfe spazierte Polizeikommissar Trost im Mittelgange auf und ab, ein anderer Kommissar hatte vorn Posto gefaßt — die Herren schienen vollkommen die Situation zu beherrschen.

Eben hatten sich die Sänger des Gesangsvereins Vorwärts neben der Orgel aufgestellt, da

bestieg Polizeikommissar Trost das Podium und verkündete mit lauter Stimme,

Im Auftrage des Polizeipräsidenten

habe er zu erklären, daß der Polizeipräsident die Versammlung als eine öffentliche politische Versammlung ansehe, an der Jugendliche nicht teilnehmen dürfen. Er fordere alle Jugendlichen unter 18 Jahren auf, sofort den Saal zu verlassen, widrigenfalls sie

gewaltsam entfernt

werden würden und nach § 18, 6 Strafe zu gewärtigen hätten.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich gegen das gefehldrige Vorgehen der Polizei und Genosse Krüger erklärte dem Beamten, daß erstens überhaupt keine Versammlung, noch viel weniger eine politische Versammlung, stattfindet. Er bedeutete dem Herrn Kommissar:

Die Polizei hat überhaupt nichts hier zu suchen!

und forderte sie auf, den Saal zu verlassen. Die Polizei hatte die Macht und so trieb sie gewaltsam die Jugendlichen aus dem Saale. Junge Leute wurden gerissen und gestreift und auch Mütter mit kleinen Kindern wurden hinausgetrieben.

Die Erwachsenen blieben im Saale und der Gesangsverein Vorwärts sang zwei seiner schönsten Lieder. Dann bestieg Genosse Krüger das Podium. Der Zweck der Veranstaltung sei infolge der polizeilichen Maßregel nicht erreicht, er wolle aber wenigstens einige Worte an die Eltern richten, zunächst aber müsse er eine persönliche Bemerkung machen. Im Hausflur habe ein Polizeikommissar, dessen Name ihm leider nicht bekannt sei, mit Bezug auf seine Person den Ausdruck

dummer Bengel

gebraucht. Er habe keine Hoffnung, daß die Polizei ihm den Namen des Beamten nennen werde, aber ein grüner Polizeileutnant könne ihn nicht beleidigen — —

Bei diesen Worten sprang Kommissar Trost auf, erklärte Krüger für verhaftet

und forderte ihn auf mitzukommen.

Mit dem Hinweis, daß er nur auf eine grobe Beleidigung seiner Person entsprechend geantwortet habe, weigerte sich Krüger, mitzugehen und nun wurde er von Herrn Trost und einem anderen Beamten

gewaltsam vom Podium gerissen

und hinausgeführt. Im Flur erklärte man ihm, er sei für die Dauer der Veranstaltung verhaftet. Hier erklärten zwei Erwachsene, daß ein bestimmter Polizeibeamter vom Genossen Krüger „dummer Bengel“ gesagt habe. Herr Polizeikommissar Trost erklärte, der Name des Herrn, auf den die beiden Zeugen zeigten, sei Herr Polizeikommissar Walz.

Der Hof des Syburgerhauses war mit einem

Spazier von lieben Schulleuten

versehen und ebensoviel bewegten sich auf der Straße. Kein Wunder, daß dieses polizeiliche Aufgebot einen Menschenauflauf verursachte.

Wo die Polizei das Recht hernimmt, eine friedliche gesellschaftliche Veranstaltung mit Gewalt auseinanderzuprenken, wissen wir nicht, aber wir wissen, daß wir im Staate Preußen leben, durch dessen Geschichte nach dem Wort des nationalliberalen Staatsrechtslehrers Gneist „die ständige Ausschaltung des Gesetzes durch die Verwaltung ist“.

Was es mit der angeblich „öffentlichen politischen Versammlung“ auf sich hat, beweist das Programm der Veranstaltung, das wir hier folgen lassen, damit jeder, der seine fünf gesunden Sinne beisammen hat, sehe, woraus die Königsberger Polizei den Begriff der öffentlichen politischen Versammlung herleitet:

54-rt-Kassungs-Fest
Sonntag, den 5. April 1914, Anfang 5 1/2 Uhr im großen Saale
des Siedburger Hauses
Programm

1. Orgelpredigt
2. Deklamation:
An die Junglinge Friedrich Hebbel
3. Gesangsverein „Vorwärts“:
a) Hymne, mit Orgelbegleitung Ernst Herzog von Sachsen
b) Märchen Angerer
c) Intermezzo Fr. Siller
4. Kellerei
5. Klavierkonzerte
6. Orgelvortrag, Andante Mendelssohn
7. Variationen v. Herr Schulz:
a) Tränen-Blumen Schubert
b) In den Sonnenstein Schumann
8. Deklamation: Wochenpredigt Gottfried Keller
9. Klavierkonzerte
10. Gesangsverein „Vorwärts“:
a) Frühlingssorgen Hoffmann
b) Weibe des Gefanges, Priesterchor aus „Zauberflöte“ Mozart
c) Wanderlied Jahn
11. Deklamation:
a) Der Heideknabe Friedrich Hebbel
b) In der Welt, in der Welt Friedrich Hebbel
12. Orgelvortrag, Andante Liszt
13. Heberichung von Büchern an die Schulklassen zum Andenken an diese Feier.

Wir beweisen, daß es außer der Polizei einen Menschen gibt, der sich in den Sinn kommen läßt, das als politische Veranstaltung zu betrachten. Daß in sämtlichen Nummern der Feier außer der Festrede nichts Politisches enthalten war, ergibt sich von vornherein aus dem Programm. Aber Genosse Krüger hatte die Absicht, auch in seiner Festrede jedes Wort zu vermeiden, das auch nur im Entferntesten als politisch hätte ausgelegt werden können. Daß auch Sozialdemokraten jede politische Äußerung zu unterlassen vermögen, bewies der Vortrag, den Genosse Gottschalk im Oktober 1913 vor den Schulklassen gehalten hatte. Wenn er dort etwas Politisches gesagt hätte, wäre der Veranstalter der damaligen Schulklassenfeier sicher unter Anklage gestellt worden. Wenn etwa die Polizei irrtümlich annahm, daß die Veranstalter mit ihrer unpolitischen Veranstaltung politische Absichten verfolgten, so wird die Veranstaltung selbst damit noch nicht zu einer politischen, wie eben erst das Oberlandesgericht in Raumburg entschieden hat.

Aber auch wer der Meinung ist, daß gegen die Arbeiterjugend alle Mittel recht sind und die Gesetze verletzt werden dürfen, wird es nicht verstehen, warum denn die Polizei dann nicht wenigstens die Schulklassenfeier oder die Teilnahme von Personen unter 18 Jahren an ihr von vornherein verboten hat, warum sie es zu aufreizenden, turbulenten Szenen hat kommen lassen und von ihrer Macht der Verhinderung der Feier nicht in geräuschloser Form Gebrauch gemacht hat. Man muß schon daran denken, daß die Polizei der Signatur des preussischen Staates folgen muß, um diese Handlungsweise zu begreifen.

Denn Preußen ist die durch die freieren Einrichtungen des deutschen Reiches nur unbedeutend gemilderte Karikatur des russischen Zarenismus.

Des Trauerspiels zweiter Akt
spielte sich kurze Zeit darauf
im Jugendheim in der Nikolaistraße

ab.
Dort vergnügten sich eine Anzahl junger Mädchen und junger Männer bei Schach- und Damenspiel, Regitation und Gesang. Mehrere aus dem Siedburgerhaus Vertriebene, darunter Genosse Krüger, hatten ebenfalls das Jugendheim aufgesucht und ergötzen sich an den Gesängen. Die Türe hatte man, um störende Eindringlinge fernzuhalten, verschlossen.

Da plötzlich hörte man am Türschloß ein verdächtiges Geräusch, das die irrtümliche Befürchtung nahelegte, daß Einbrecher sich daran zu schaffen machten, und nicht lange dauerte es, so wurde

die Türe gewaltsam erbrochen!
und herein drangen die Polizeikommissare Scheffler und Trost und mehrere Kriminalbeamte.

Auf die Frage Krügers, was die Polizei hier wolle, erwiderte Herr Scheffler: Wir kommen im amtlichen Auftrag! Darauf fragte Krüger, der über die Art des polizeilichen Eindringens erstaunt war: Wie die Einbrecher?

Auf Veranlassung des Kommissars Trost wurde darauf Krüger zum zweiten Mal verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Unter ebenfalls anwesender Redakteur, Genosse Mittwoch, richtete an Herrn Scheffler die Frage, woher die Polizei, die hier nichts zu suchen habe, das Recht herleite, gewaltsam einzudringen. Herr Scheffler verweigerte zunächst die Auskunft, gab dann aber an, es handle sich nach Ansicht der Polizei um eine Fortsetzung der politischen Versammlung. Der Polizeinspektor forderte alle Jugendlichen auf, das Lokal zu verlassen.

Und nun wiederholten sich dieselben Szenen wie vorher im Siedburgerhaus; die Jugendlichen wurden zum Teil gestoßen und gerissen und es bedurfte erst des Einspruchs der Erwachsenen, um die Beamten von diesem Vorgehen abzubringen. Wie man dabei zu Werke ging, mag man daraus erkennen, daß man ein junges Mädchen, trotz seiner Beteuerung, daß es bald 20 Jahre alt sei, mit nach dem Polizeipräsidium nahm. Hier mußte man es, nachdem man sich telephonisch von der Wahrheit der Angaben des jungen Fräuleins überzeugt hatte, wieder freilassen.

Ohne jede Berechtigung postierten sich dann zwei Kriminalbeamte im Jugendheim auf, wobei der eine Herr es nicht unterlassen konnte, sich wiederholt in die Gespräche einzumischen. Die Polizei verbot, die Fenster zu öffnen, was einen Genossen zu der Bemerkung veranlaßte, daß dann wenigstens die erbärmliche preussische Stille nicht hereinkäme. „Die ist ja schon drin“, rief ein anderer und im Nu sprang der Kriminalbeamte auf: Das sei eine Beleidigung, denn

mit der preussischen Stille sei die — Polizei gemeint, er fühle sich getroffen. Dem Herrn wurde bedeutet, daß wir die preussische Polizei noch nie als Luft betrachtet hätten, denn sie habe eben erst wieder bewiesen, daß sie eine sehr reale

Tatsache sei. Gegen 149 Uhr verschwanden dann die beiden Beamten; in der sonst so stillen Nikolaistraße aber blühte noch längere Zeit recht reges Leben. Das starke Polizeiaufgebot hatte auch hier bewirkt, daß zahlreiche Menschen sich ansammelten und die Anwohner die Fenster öffneten, um Zeugen der polizeilichen Rundgebung zu sein.

Auf der Polizeiwache wurden unserm Genossen Krüger wie einem Verbrecher sämtliche Taschen ausgeleert, alle Gegenstände fein säuberlich registriert und ihm erklärt, er werde solange festgehalten, bis die „Veranstaltung“ im Jugendheim beendet sei. Um 8 Uhr etwa wurde Genosse Krüger entlassen.

Damit hatte der aufregende Vorgang sein Ende erreicht. Aus einem harmlosen Konzert mit einer Rede, die zu allen, auch im Bürgertum anerkannten Tugenden mahnen sollte, wurde durch die Polizei eine Veranstaltung, deren politische Wirkung nicht ausbleiben kann. Daß gegen die Polizeiaktion der Beschwerdeweg, eventl. bis zur höchsten Instanz, dem Oberverwaltungsgericht, eingeschlagen werden wird, ist selbstverständlich.

Euch aber, Genossinnen und Genossen, wird der 5. April 1914 eine Mahnung sein, nun erst recht eure Kinder zu freien, tüchtigen, hilfreichen Menschen zu erziehen, die aus tiefster Seele jede Verfassung hassen, welche die Freiheit erdrückt und den Wohlstand ersticht!

Kapitalistische Wirtschaft und Schwindel
Von J. Karsti.

Die große Affäre, die die Schiffe der Frau Caillaux hervorgerufen hat, beschäftigt noch immer „ganz Paris“ und wird jedenfalls auch bei den Wahlen eine große Rolle spielen. Es ist eine durchaus politische Sache. Aber man sollte über das politische Mankenspiel nicht vergessen, daß es einen sozialen Untergrund hat, nämlich den Spekulationschwandel.

Entstanden ist diese Affäre, weil man die Minister beschuldigt, sie seien einem Schwindler, einem gewissen Rochette, beihilflich gewesen, damit er sich der Justiz entziehen konnte und das scheint heute allerdings erwiesen. Dieser Herr Rochette ist der Typus eines schwindelhaften Spekulanten. Er begann seine Laufbahn als Kommiss eines kleinen Banthauses, wurde dann selbständiger Bankier und spielte eine kurze Zeit, von 1904 bis 1906 eine große Rolle an der Pariser Börse. In dieser Zeit gründete er Banken und andere Unternehmungen, die alle fabelhafte Gewinne zu bringen schienen. Man riß sich um die Papierchen, die einflußreichsten Leute, Deputierte, Senatoren, Minister unterstützten den erfolgreichen Finanzier, machten gemeinsame Sache mit ihm, indem sie sich an seinen Unternehmungen beteiligten. Bis eines schönen Tages das ganze Getriebe sich als Schwindel erwies: die Gründungen waren samt und sonders faul; man hatte nach dem üblichen Rezept Profite ausgezahlt, die nicht vorhanden waren, man hatte immer eine Gesellschaft gegründet, um mit dem geliebten Kapital einander zu täuschen. Resultat — eine grandiose Pleite mit 200 Millionen Franken Passiven. Es kam der Prozeß und

Die Götter dürsten

Nach dem aus der französischen Revolution von Anatole France

Er antwortete mit düsterer Begeisterung:
„Das soll geschähen. Bürgerin. Ich will Ihnen das Bild des Hermodias malen, von Blumen umrankt.“
Er zog seinen Zeichenstift hervor und entwarf Schwerter und Säulen in dem klaren schlichten Stil, den er liebte. Dabei entwarf er seine Ideen.

„Die regenerierten Franzosen“, sagte er, „sollen das Vermächtnis der Antike nicht verworfen, den uralten Geschmack, die uralte Form, die uralte Zeichnung, Watteau, Boucher, Fragonard haben für Tyrannen und für Sklaven; in ihren Werken lebt jedes Gefühl für den guten Stil, für die reine Linie, nicht ist natürlich und wahr. Masken, Wappen, Götter, Helden. Die Nachwelt wird dies feine Zeugnis verachten. Ein hundert Jahre nach dem Bild von Watteau in den Kampfkämpfern verkommen; im Jahre 1893 werden die Maler ihre ersten Versuche auf die Bilder von Boucher setzen. Dann hat der Weg gemieden; er nähert sich der Antike; dann er ist nicht schön, groß und einfach genug. Unsere Maler werden von den Wandgemälden von Herkulanum, von den römischen Basreliefs, den ernsthaften Bildnissen noch manches Geheimnis zu lernen haben.“

Er redete lang und breit von der antiken Schönheit und lang den wieder auf Fragonard den er mit unwillkürlichem Haß verfolgte.

„Kennen Sie ihn, Bürgerin?“
Clodie nickte.

„Sie kennen auch den Siedermann Kreuze, der mit seinem charakteristischen Kopf und seinem Regen recht lächerlich aussieht. Aber neben Fragonard wirkt er wie ein griechischer Weiser. Vor einiger Zeit begreife ich diesen elenden Greise, wie er unter den Befehlen des Kaiser-Regimes umherirrt, gepudert wie ein Götze, ruppig, aufgeschoben, abstoßend. Bei dem Gedanke wachte ich mir, daß ein handfester Kunstfreund die Rolle des Greises im Regime übernahm, ihn an einen Baum knüpfte und ihm das Fell vom Leibe zog, zum ewigen Exempel für künftige Maler.“

Clodie blühte ihm mit ihren bittren, sinnlichen Augen an.
„Sie sind ein alter Kaiser, Herr Gamelin. Soll man daraus schließen, daß Sie ebenfalls?“

„Sie Gamelin?“ unterbrach eine Tenorstimme. Es war die Stimme des Bürger Blaise, der eben mit knurrenden Stiefeln,

liegenden Rodschößen und klirrenden Uhranhängern in seinen Laden trat. Auf dem Kopfe trug er einen riesigen schwarzen Zweispitz, dessen Enden auf seine Schultern herabsielen.

Clodie nahm ihren Nähkorb und ging in ihr Zimmer hinauf.

„Nun, Gamelin?“ fragte der Bürger. „bringen Sie mir was Neues?“

„Vielleicht“, erwiderte der Maler.
Dann entwickelte er seinen Plan.

„Unsere Spielkarten stehen in verlegendem Widerspruch zu den Sitten. Die Namen König und Bube beleidigen das Ohr der Patrioten. Ich habe ein neues revolutionäres Kartenspiel erdacht und ausgeführt. Dabei sind die Könige, Damen und Buben durch Gestalten der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ersetzt. Die Asse, von roten Bändern umgeben, heißen Geleise. . . . Sie sagen an: Trei-Freiheit, Pik-Gleichheit, Karo-Brüderlichkeit, Coeur-Geleise. . . . Ich glaube, ich habe diese Karten recht schön gezeichnet; ich will sie von Demahis lassen und ein Patent darauf nehmen.“

Damit zog er aus seiner Mappe einige fertige Aquarellfiguren und reichte sie dem Kunsthändler hin.

Der Bürger Blaise schaute sie ab und blickte fort.

„Bringen Sie was in den Konvent, mein Junge“, sagte er. „Der wird Ihnen die Ehre des Tages erweisen. Aber bilden Sie sich nicht ein, damit einen Sou zu verdienen, denn Ihre Erfindung ist nicht neu. Sie kommen einen Posttag zu spät. Ihr revolutionäres Kartenspiel ist das beste, das mir gebracht wird. Ihr Kollege Daguerre hat mir letzte Woche ein Piktogramm mit vier Genien, vier Gestalten der Freiheit und Gleichheit an. Wir wurde auch ein Spiel mit Weisen und Feldern. Cato, Rousseau, Hannibal und was noch ich noch angeboren. . . . Dazu hatten sie Karten, mein Lieber, vor Ihnen den Louisa. Daß sie groß gezeichnet und in Holz geschnitten waren. Was nützt Ihnen die Freiheit? Bisher ist es nur die Freiheit der Armen, die man den Karten abbraucht, die im Geschäft von Paris gezeichnet und im Saal von Paris gespielt werden. Außerdem eine wunderliche Erfindung, die in einer Kammer gemacht werden mußten, um die alten Spielkarten mit den heutigen Ideen zu vereinbaren. Die braven Sansculotten reuten die Bürgerjugend von selbst und sagen an: „Der Tyrann!“ Oder einfach: „Das dicke Schwein!“ Sie spielen mit ihren fettigen Karten und kaufen sich niemals neue. Der große Kartenschlag ist in den Spielkästen des Palais-National. Ich rate Ihnen, gehen Sie dahin und bieten Sie den Spielhaltern und Spielern Ihre Freiheiten, Gleichheiten und — wie sagten Sie doch — Coeur-Geleise an. Nachher erzählen Sie mir, wie die Aufnahme war.“

Der Bürger Blaise setzte sich auf den Ledersitz, knipfte sich die Tabakspfeife von seinem Mantelfalten und blickte Gamelin mit sanftem Mitleid an.

„Darf ich Ihnen einen Rat geben, Bürger Malersmann? Wenn Sie sich Ihr Brot verdienen wollen, so geben Sie Ihre patriotischen Karten, Ihre Revolutionsentwürfe, Ihre Genien der Freiheit, Ihre Herkulesse, Hydranten und Järnen, die das Verbrechen verfolgen, samt und sonders auf und lassen Sie hübsche Mädchen. Der variatistische Eifer flaut mit der Zeit ab, aber die Frauen werden immer von den Männern geliebt. Malen Sie mir rosige Frauen mit kleinen Füßen und Händen. Und machen Sie sich klar, daß sich kein Mensch mehr für die Revolution begeistert, daß niemand mehr davon hören will.“

„Wie?“ fuhr Evarist Gamelin auf. „Nicht mehr von der Revolution hören? . . . Aber die Begründung der Freiheit, die Siege unserer Heere, die Befreiung der Tyrannen — das alles sind doch Ereignisse, die auch die fernste Nachwelt mit Staunen erfüllen werden! Und wir sollten nicht davon gepakt werden? Wie? Die Sekte des Sansculotten Jesus hat fast achtzehn Jahrhunderte überdauert, und der Kultus der Freiheit sollte nach knapp vierzigjährigem Bestehen abgeschafft werden?“

„Sie träumen“, erwiderte Jean Blaise mit überlegener Miene. „Ich stehe im wirklichen Leben. Glauben Sie mir, mein Lieber, die Leute sind der Revolution überdrüssig; sie dauern zu lange. Fünf Jahre Begeisterung, fünf Jahre Volksverbrüderungen, Morden, Reden, Marzschlachten, Sturmfluten, „Krisotraton an der Laterne“, auf Blüten getragene Köpfe, auf Kanonen reitende Weiber, Freiheitshäuser mit Jakobinermützen obendrauf, Jungfrauen und Greise, die in weißen Gewändern auf Triumphwagen einherfahren, Einfärbungen, Guillotiniierungen, Preisbestimmungen für Lebensmittel, Maueranschläge, Koforden, Federbüsche, Säbel, Karmagnolen — das ist ein Leben viel! Und schließlich besteht man den ganzen Himmel nicht mehr. Wir haben zu viele große Bürger erlebt, die erst zum Kapital gelangt und dann in den Larzessellen des Heeren untergegangen sind: Kiefer, Schabrac, Lafayette, Bailly, Petion, Marat und so viele andere. Wer sagt uns, daß Sie Ihren neuen Helden nicht das gleiche Schicksal bereiten? . . . Es ist nichts mehr sicher.“

„Nennen Sie die Namen, Bürger Blaise, nennen Sie die Namen der Helden, die wir aufopfern wollen!“ rief Gamelin in einem Tone, der den Kunsthändler zum Nachdenken mahnte.

* In Anspielung auf ein Jakobinertier.
(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Danziger Sportpalast.

Am klingenden Titel war noch ein Mangel bei denen, die die Danziger Verhältnisse ästhetisch überlächeln möchten. Die Stadt des entsehltesten Wohnungselends wird von den freisinnigen Lobrednern der liberalen Stadtverwaltung noch heute deshalb gelobt, weil hier eine der ersten Kanalisationen in Europa eingerichtet wurde. Diese durch die Initiative eines früheren Polizeipräsidenten in schweren Kämpfen gegen ein borniertes liberales Spiebertum durchgesetzte Tat soll noch immer über die schweren hygienischen Sünden der Wohnungsschmach hinweg täuschen. Wenig muß ja auch die stolze Firma Das nordische Beneidig dazu dienen, um die Mißwirtschaft der Hausbesitzer für Badfische und ähnlich naiven Seelen hinter stolzen historischen Vorstellungen zu verdecken.

Neuerdings geht ein hoher Magistrat dazu über, bei der Tausch neuer Kulturerrungenschaften selbst die Ironie seiner Kritiker zu entwerfen. Mit dem Eigentum der Steuerzahler wird, auf dem Wege höchst komplizierter Manipulationen, in der Nähe von Neu-Schottland ein hochnobler Pferdebestall unter der Bezeichnung Tatterfall erbaut. Er ist natürlich nur für ganz eble Pferde und noch viel edlere Liebhaber derselben bestimmt. Deshalb mußte auch für einen glänzenden Namen gesorgt werden. Stadtrat Deichen, der städtische Sportdezernent, hat ihn glücklich erfunden und damit gezeigt, daß er sein Amt mit dem dafür erforderlichen erfinderischen Genie ausfüllt. Nach ihm soll das Institut, ganz im Ernst, Danziger Sportpalast heißen.

Als wir den Tennispalast im Alphenpark so nannten, war der Oberbürgermeister noch ungehalten. Auch das Bootshaus für die hohen Angehörigen wollte er nicht so ironisiert wissen. Für die Leute und Tiere mit dem edelsten Pferdeverstande ist er schon andern Sinnes geworden. Uns soll es sehr recht sein, wenn auf diesem Wege endlich auch amtlich eingestanden wird, daß Danzig die Stadt der grausigsten Wohnungsschmach für die Armen und zugleich der herrlichsten Sportpaläste für die Besitzenden ist.

Danzigs Bevölkerung im Monat Februar.

Die Zahl der von den hiesigen Standesämtern geschlossenen Ehen betrug 92 gegen 88 im Vormonat. Von den ehelichschließenden Männern waren 20, das sind 21,7 Prozent, von den Frauen 12, das sind 13,0 Prozent einmal verheiratet gewesen.

Die Zahl der Entbindungen betrug 405, darunter 7 Zwillinggeburten, so daß 412 Kinder geboren wurden, gegen 504 im Vormonat und 489 im Februar 1913. Von den Geborenen waren 90, das sind 21,8 Prozent, unehelich und 13, das sind 3,2 Prozent, totgeboren. Von ortsfremden Müttern wurden in Februar 54 Kinder, darunter 25 unehelich, in Danzig geboren. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 399, das sind 28,5 Prozent aufs Jahr und 1000 Einwohner berechnet (Februar 1913: 31,0). Seit Beginn des Jahres sind 896 Kinder lebend geboren worden, gegen 869 im Vorjahre.

Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburt) betrug 211 gegen 270 im Vormonat; aufs Jahr und 1000 Einwohner berechnet, ergaben sich 15,1 Sterbefälle gegen 17,4 im Vormonat und 16,9 im Februar 1913. Von den Verstorbenen waren 33 ortsfremd. Im ersten Lebensjahre starben 62 Kinder gegen 59 im Vormonat und 60 im Vorjahre. Von den männlichen Verstorbenen über 20 Jahre waren 43, das sind 69,4 Prozent, verheiratet, von den weiblichen über 15 Jahre 21, das sind 42,0 Prozent. Von den unterschiedenen Todesursachen folgten gegen den Vormonat bemerkenswerte Zunahmen: Diphtherie und Krupp (6 gegen 2), Atrophie der Kinder (9 gegen 5), Verunflückungen und andere gewalttätige Einwirkungen (9 gegen 5). Hingegen haben u. a. Altersschwäche (16 gegen 22), Tuberkulose (18 gegen 31), Krankheiten der Atmungsorgane (23 gegen 30), Herzschlag, Herzlähmung (8 gegen 17), Krämpfe (6 gegen 13), sonstige Krankheiten der Verdauungsorgane (0 gegen 6), Krebs (13 gegen 17) abgenommen. Bei dieser Abnahme ist zu berücksichtigen, daß der Berichtsmonat eine um drei Tage kürzere Dauer hatte als der Vormonat. Seit Beginn des Jahres sind 481 Personen gestorben gegen 491 im Vorjahre. Die Sterblichkeit des ersten Lebensjahres war mit 121 um 7 geringer als im Vorjahre. Es ergibt sich so bisher ein Geburtenüberschuß von 415 gegen 378 im 1913.

Die polizeilichen An- und Abmeldungen ergaben einen rechnungsmäßigen Wanderungsverlust von 176 Personen. Im Berichtsmonat ergibt sich so unter Berücksichtigung des Geburtenüberschusses (188) ein Bevölkerungsgewinn von 12 Personen. Die fortgeschriebene Bevölkerungsziffer betrug am 1. März d. J. 182.609. Seit Beginn des Jahres hat die Bevölkerung um 411 zugenommen.

Im Fremdenverkehr wurden 5451 Personen gemeldet (Vormonat 5782). Hiervon waren aus dem Ausland 124, insbesondere Fremde aus Österreich 44, Rußland 22, Holland 17, Italien 9, Frankreich 8, England 7, China 5, Amerika 3, Belgien 3, Türkei 2, Dänemark 2, Schweden 18, Griechenland je 1.

Mg.

Ein äußerst wertvolles Buch, Driesmanns Mensch der Urzeit, können unsere Leser in der Buchhandlung Volkswacht nahezu geschenkt erhalten. Er ist unsern Geschäftsführer gelungen, eine Anzahl Exemplare durch einen Gelegenheitskauf ungewöhnlich billig zu erwerben, so daß die Genossen das ganze 200 Seiten starke Buch für 60 Pfennige erhalten können. Der Preis beträgt sonst 2 Mark. Wir empfehlen den Kauf des Buches aufs wärmste.

Der bürgerliche Ortsausschuß für Jugendpflege veranstaltet auf dem Heinrich-Ohlers-Platz Spiele für die schulentlassene Jugend. Besonderer Wert wird auf das Erscheinen

der Jugendlichen gelegt, die noch keinem Verein angehören. Das ist aber auch der Zweck der ganzen Sache. Der Ausschuß will die jungen Leute, die bisher von der bürgerlichen „Jugendpflege“ verschont geblieben sind, für sich gewinnen. Der proletarischen Jugendbewegung soll das Wasser abgegraben werden. Wir warnen alle Arbeiterkinder, sich an diesen Spielen zu beteiligen. Jeder junge Mann und jedes junge Mädchen gehört in die freie Jugendbewegung. Hier finden sie ungezwungene Geselligkeit und Gelegenheit zum fröhlichen Spiel. t.

t. Plötzlicher Tod. Der 33 Jahre alte Weichensteller Otto Jessin, an der Schönsfelder Brücke wohnhaft, stürzte am Sonntag Morgen in seiner Wohnung hin und war sofort tot. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt.

t. Von einer Militärpatrouille listet wurden am Sonntag Nachmittag ein junges Mädchen und zwei Kinder. Sie hatten in den Festungsanlagen vor dem Petershagener Tor nach Weichen gesucht. Nun soll es ja jeden, die duftenden Frühlingsschnecken zu pflücken, zumal der Zaun keine großen Schwierigkeiten in den Weg legt. Aber es kann unangenehme Folgen haben.

Danziger Standesamt vom 6. April.

Todesfälle: Schlossermeister Gustav Monnenberg 67 J. — S. des Schlossergesellen Ernst Barulla, 1 J. 4 M. — Frau Anastasia Moltke geb. Orzenkowsky, 28 J. 7 M. — Arbeiter Julius Joseph Kufrowski, 41 J. — Witwe Laura Trontke geb. Merck, 70 J. 9 M. — Sohn des Arbeiters Erich Bobinski, 2 J. — Frau Elisabeth Ziegler geb. Chemens, 48 J. 9 M. — S. des Zimmergesellen Friedrich Kröhner, 10 J. — Schlossermeister Carl Großkopf, 50 J. 9 M. — T. des Arbeiters Hermann Schmidt, 12 M. — Malergehilfe Paul Franz Dufelt, 40 J. 2 M. — T. des Arbeiters Alexander Behnowski, 9 M. — Sohn deselben, 1 J. 10 M. — S. des Tischlers Otto Förster, 9 J. 9 M. — Ingenieur Hermann Müller, 48 J. 5 M. — Ober-Telegraphen-Assistent Emil Grigat, 38 J. 6 M.

Aus Westpreußen Elbing-Marienburg

Einen neuen Lohnstarif schlossen die Töpfer in Elbing am 3. April mit den Unternehmern ab. Er hat den Töpfern eine Lohnenerhöhung von 10 bis 18 Prozent, sowie die volle Anerkennung der Organisation gebracht. Abgeschlossen ist der Tarif auf zwei Jahre. Vom 15. Juni 1914 bis zum 15. Juni 1916. Von da ab erfolgt eine abermalige Lohnenerhöhung um fünf Prozent auf weitere zwei Jahre. Eine schöne Errungenschaft und ohne Streit! Sie beweist wieder, was eine starke Organisation vermag. Die ganze Elbinger Arbeiterschaft sollte sich als Richtschnur nehmen, ihre freigewerkschaftliche Organisation zu stärken, um mit deren Hilfe die dringende Verbesserung bedürftige Lebenslage günstiger zu gestalten.

Das bürgerliche Recht ist grausam. Diese Empfindung brängt sich jedem unbefangenen Leser nachstehenden Berichts aus Marienburg auf:

Eine empfindliche Strafe verhängte das Marienburger Schöffengericht gegen die Zigeunerin Katharina Bamberger aus Odra, weil sie am 24. Februar in Marienburg Spinnen, Waschen und Strümpfe im Umherziehen feilgeboten hat, ohne im Besitz eines Wandergewerbeheims zu sein. Die Angeklagte beteuerte unter Tränen, nicht Zigeunerin zu sein. Die angeforderten Ermittlungen ergaben, daß der Ehemann der Angeklagten Pferdehändler ist. Das Urteil lautete wegen Gewerbevergehens auf eine Geldstrafe von 96 Mark, im Nichtbeibringensfalls auf 16 Tage Haft.

Die 96 Mark kann die Verurteilte natürlich nicht bezahlen. Und so wird sie 16 Tage eingesperrt werden. Wofür eigentlich? Weil sie sich durch Hausieren ernähren wollte. Ist das nicht immer noch besser, als wenn sie „wahrsagen“ oder stehlen geht? Gewiß mag ein Paragraph der Gewerbeordnung dabei übertreten sein. Aber passiert das nicht tagtäglich aller Ecken und Enden, auch den harmlosen bürgerlichen Leuten, ohne daß sie sich auf der Anklagebank sehen? Wenn dann schon mal einer wegen Gewerbevergehens bestraft wird, muß sein Vergehen ziemlich schlimm sein, um ihm 96 Mark Strafe einzubringen. Das „Zigeunerin“ in den Papieren der Angeklagten dürfte auf das Urteil nicht ohne Einfluß geblieben sein.

Bei der Gemeindevorwahlenwahl in Brunau kam unser Genosse Klein mit einem Bürgerlichen in die Stichwahl. Bei der am Freitag, den 3. April stattgefundenen Stichwahl wurde unser Genosse dann mit 46 gegen 43 gegnerischen Stimmen gewählt. Der Sieg ist um so höher anzuschlagen, als die Gegner alles versuchten, denselben zu hintertreiben. Niemand, der keine Steuer bis zum letzten Augenblick gezahlt hatte, konnte wählen. Also auch das Land ist Oldenburg nicht mehr sicher. Ein Zeichen der Zeit.

Danzig-Land

Von der Bewegung der Fischer.

In Ostlich-Neufähr fand am Palmsonntag eine vom Westpreussischen Fischer-Verband einberufene Versammlung statt. Nach der Eröffnung durch Herrn Schubert, in der dieser mitteilte, daß die Versammlung öffentlich sei, nahm der Landtagsabgeordnete Schmiltjahn das Wort. Er wies darauf hin, daß das neue Fischereigesetz dem Landtage zugegangen wäre. Nun sei es Zeit die Wünsche und Beschwerden der Fischer vorzubringen. Notwendig sei die Einrichtung eines Fischerei-Ausschusses, in dem die Fischer vertreten seien. Auf eine Anfrage, wegen der Errichtung eines Fischereihafens in Zoppot, erklärte er weiter, daß die Errichtung in Zoppot weniger den Fischer, als den Besitzern von Segeljachten und Booten zugute käme. Er stünde auf dem Standpunkt, daß es besser sei, den Hafen in der Nähe von Gleskau zu errichten. In der folgenden Diskussion vertrat der Genosse Leu der grundsätzlichen Standpunkt der Fischer, daß keine bürgerliche Partei den Fischern helfen wolle. Nur der Sozialdemokrat sei es ernst mit der Verbesserung der Lebenslage der Fischer. Leu wies darauf hin, daß es die Liberalen und die Konservativen wären,

die durch die Zoll- und Steuerpolitik die Existenzbedingungen der Fischer verschlechtert hätten. Die Parteifreunde des Herrn Schmiltjahn seien Inhaber der Aktien der Hochseefischerrei, die den Binnenfischern starke Konkurrenz mache. Deutschland gebe zur Förderung der Hochseefischerrei, hauptsächlich für die der Nordsee, jährlich 400.000 Mark aus. Preußen bürge nur 150.000 Mark. Für die abgigen Sportfische zur Veranstaltung von Pferderennen seien vom Landtage aber 231.000 Mark bewilligt worden. Dazu kam noch die Subventionierung durch die Behörden, die nicht nur die Fischleute nicht vertreten sind, unvermeidlich sei. Die den Verhältnissen angepasste Schonzeit schädige die Fischer ebenfalls. Wollten die Fischer eine Verbesserung ihrer Verhältnisse herbeiführen, so könne diese in der Hauptsache zunächst nur auf genossenschaftlicher Grundlage geschehen. Weiter dann darüber, daß sich die Fischer der Partei anschließen, die wirklich für das merkliche Bessere eintrete, der Sozialdemokratie. Die Mehrzahl der anwesenden Fischer waren der Ansicht des Genossen Leu; das schien auch Herr Schubert zu fühlen. Aus diesem Grunde unterbrach der liberale Führer mehrmals den Genossen Leu, mit der Motivierung, daß „politisches“ nicht in ihre Versammlungen hineingehöre. Wollte Leu dennoch so weiter sprechen, dann müßte er ihm das Wort entziehen. Leu meinte, wenn es ihm auf eine Kraftprobe ankomme, dann sollte Herr Schubert das nur machen. Er würde dann ja am besten sehen, auf welcher Seite die Fischer ständen. Diese Kraftprobe schien Schubert aber doch nicht riskieren zu wollen. Darum konnte Leu ungehindert aussprechen. Herr Schmiltjahn stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt des Herrn Schubert, daß „politisches“ nicht in diese Versammlung gehöre. Er versprach, in einer politischen Versammlung dem Genossen Leu Gelegenheit geben zu wollen, seinen Standpunkt zu vertreten. Er wolle ihm dann schon dienen. Wir werden Herrn Schmiltjahn an sein Versprechen gelegentlich wieder erinnern. In der weiteren Diskussion wurden die miserablen wirtschaftlichen und rechtlichen Zustände der Fischer von diesen selber erörtert.

Des Baumfrevels angeklagt waren die Arbeiter B. N. und G. aus Odra. Sie sollten in der Nacht zum 15. Februar 1914 in Odra 94 Kastanienbäume durch Ausschneiden und Abschälen der Rinde beschädigt haben. B. und G. sind vom 24. Februar in Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt beantragte je drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Graudenz-Strasburg Gegen die Volksfürsorge.

Am 2. April tagte im Graudenz Schützenhause eine öffentliche Volksversammlung, in der der Reichstagsabgeordnete und Oberbürgermeister Rupp aus Marburg einen Vortrag über die deutsche Volksversicherung hielt. In dem großen Saale waren sämtliche Tische mit Flugblättern und Postkarten besetzt. Anwesend waren, den Einberuher und den Referenten mitgezählt, genau 32 Personen. Ein Herr Dahmann aus Königsberg eröffnete die Verhandlungen. Er klagte über den traurigen Besuch und schob die Schuld dafür auf den 1. April. Dann schwenkte er den roten Lappen: die böse „rote Woche“. . . . Darauf kam die „rote“ Volksfürsorge zum Abschlichten heran, der Referent nahm das Wort. Originell war dieser „nationale“ Mann. Er las sein Referat vor. Welche Geistesbegabung! Mit der Schreibmaschine schreiben und ablesen: ein tüchtiger Reichstagsabgeordneter.

Also Deutschland ist das einzige Land der ganzen Welt, das die soziale Versicherung wie Krankenkassen usw. ausgebaut hat. England und Amerika haben Versicherungen von jeher gehabt, aber keine staatliche soziale Volksversicherung. Nun ist die sozialdemokratische Volksfürsorge gegründet, die aber nur auf Kosten der Minderbemittelten leben will und die Gelder zu sozialdemokratischen Zwecken verwendet. Ihre Zusatztarife hat die Volksfürsorge nur von den bürgerlichen Versicherungen abgesehen.

Es sei, erzählte der Referent dann weiter, von den bürgerlichen Parteien beschlossen worden, gegen sämtliche, von der freien Arbeiterschaft gegründeten Institutionen, wie Partei, Gewerkschaft, Konsum und Volksfürsorge zu kämpfen und sie zu zertrümmern. Die Unternehmungen der Volksfürsorge und der Konsumvereine wären sozialdemokratisch, denn die Leiter seien sozialdemokratische Agitatoren; die trügen nur Scheinbar den Mantel der Neutralität. So auch der Herr v. Klein von der Volksfürsorge. Und diese Leute streuten nur Gift in die Volkskreise und schickten sie nur auf. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hätten gegen sämtliche soziale Gesetzgebung gestimmt. Dann kam der Herr auf das Thema der Deutschen Volksversicherung. Die besitze ein Aktienkapital von 7½ Millionen Mark. Im Aufsichtsrat sei Graf Posadowski. (Das ist doch gewiß eine Empfehlung. Red.) Der Vorstand bestände aus 30 Mitgliedern, davon seien 17 Arbeiter. — Genossen Leu und Leu wollten Auskunft haben, wieviel Kapital die „nationalen“ Gewerkschaften eingezahlt hätten. Statt einer Antwort wurde wiederum der rote Lappen geschwenkt. Herr Rupp wie auch Dahmann behaupteten, das Kapital in der Volksfürsorge hätten nur reiche Beamte der Sozialdemokratie eingezahlt. Die Beamten der Volksfürsorge erhielten durchschnitlich ein Gehalt von dreitausend Mark. Heraus erwiderte Genosse Rosinski, er bedaure, daß sich sein Freund Rohlandt zum Worte gemeldet habe. Die Sozialdemokraten hätten keine Veranlassung, die nationalen Versammlungen interessant zu machen. Es sei noch unübergeffen, daß einige Genossen einer solchen Versammlung monatelanges Gefängnis verdankten. Was die Volksfürsorge anbeträfe, hätten die Arbeiter Vertrauen zu ihren Führern. Diese müßten den Willen der Massen ausführen. Andernfalls würden sie ihren Platz zu räumen haben. Der Herr Rupp erwiderte mit einem artigen Märchen. Er erzählte, als er im D-Zuge fuhr, habe ein Bahnarbeiter die Hand aufgehoben und ihm mit drohender Haltung „Du Hund!“ zugerufen. Er wolle nicht behaupten, daß dieser Mann ein Sozial-

demokrat war, aber von dem sozialdemokratischen Gift bei er durchdrungen gewesen. Nach dieser heillosen Mäusergeschichte machten die Herren dann Schluss mit der Versammlung.

Eine kostspielige Liebschaft ist das Teichmeister der Garnisonstädte mit dem Militarismus. Graudenz steht sich geizig, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme einer Anleihe von zwei Millionen Mark zu beschließen. Das Geld wird zum größten Teil für militärische Bauwerke gebraucht. Derweil Woloch gestützt wird, leiden die Kulturaufgaben bittere Not: Theater spielt man in Graudenz in einer Scheune.

25.543 Mark Mehreinnahme hat die elektrische Straßenbahn in Graudenz im Vorjahre erzielt.

Thorn-Aulm-Briefen

Dem Thorneer Kriegsgericht wurden die beiden Musketiere Antonius Druke von der 6. und Hugo Wollmer von der 10. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 61 wegen gemeinsamer Fahnenflucht zu je sechs Monaten Gefängnis und Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Aus der Verhandlung war ersichtlich, daß körperliche Gebrechen, soweit sie nicht direkt sichtbar sind, vor dem Militärdienst nicht schädigen. Musketier D. hat einen Leistenbruch, der ihm beim Marschieren Seitenstechen verursacht. Außerdem Brandwunden an einer Hand, die bei kalter Witterung schmerzen. Die Militärärzte sehen diese Leiden aber nicht für schlimm an.

W. wurde vor seiner Militärzeit vom Seebataillon, bei dem er sich freiwillig gemeldet hatte, wegen eines Herzklappenfehlers zweimal zurückgewiesen. Davon konnte der Militärarzt bei regelrechter Befragung nichts entdecken. W. behauptet, daß er wegen seines Leidens seit Jahren in ärztlicher Behandlung gewesen wäre. Die körperlichen Fehler der Soldaten sollen die Veranlassung zu ihrer Fahnenflucht gewesen sein. Ohne Frage müssen die Leute durch die Strapazen, die der militärische Dienst mit sich bringt, viel gelitten haben. Deshalb sollten die Leute nochmals ärztlich untersucht und eher nach Hause geschickt, als wie nun auf sechs Monate ins Gefängnis gesteckt werden.

Wegen Gefährdung eines Eisenbahnzuges mußte der Arbeiter S. aus Moder auf die Anklagebank des Thorneer Schöffengerichts. Er zeriet eines Tages zwischen die Barrieren der Ueberfahrtsstelle bei Rissomig. Außer einem zerbrochenen Rad am Wagen des S. wurde bei dem Zusammenstoß mit dem heranbrausenden Zuge ein größeres Unheil nicht angerichtet. Da angenommen wird, daß er geschlafen hat, wird er zu 30 Mark Geldstrafe oder sechs Tagen Gefängnis verurteilt.

Vom selben Gericht wird die Witwe Fr. aus Klein-Bösendorf wegen Diebstahl zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Sie hatte der Besitzerfrau D., die ihren kranken Mann nach Sanktallaga brachte und der Fr. ihre Wirtschaft anvertraute, außer mehreren anderen Sachen zirka 20 Pfund Federn direkt aus den Betten gestohlen.

Vor der Thorneer Strafkammer hatte sich der Althändler B. Gehl wegen gewerbsmäßiger Fälscheri zu verantworten. Er hat mehrere Male Patronenhüllen von Schönwalder Hütungen, die diese auf dem Barbarauer Schießplatz gesammelt hatten, gekauft. Der Angeklagte bestreitet gewußt zu haben, daß die Hüllen gestohlen waren. Der Staatsanwalt beantragt ein Jahr Zuchthaus. Der Gerichtshof nimmt aber an, daß B. in gutem Glauben gehandelt hat, und spricht ihn frei.

Dirschau-Berent-Stargard

Die Negatabschlußarbeiten des Wasserbauamts Dirschau sind der Elbinger Zeitung zufolge im Baujahre 1914 besonders umfangreich. Es sind insgesamt rund 2,4 Millionen Kubikmeter Boden zu bewegen, nachdem bisher schon fast 1,9 Millionen Kubikmeter bewegt worden sind. Die 2,4 Millionen Kubikmeter Erdbearbeiten umfassen die Durchbohrung des Weichsel-Nogatkanals bei Pödel, die Verlegung und Verstärkung des Weichselkanals gegenüber von Pödel bei Falkenau und Möslund, die Verstärkung des Marienwerderer Deiches von Schulz bis Altwies (Schlaggraben) und den Abtrag des alten Deiches von Pödel nach Verdrängung der Vorlandregulierung an allen Deichbaustellen; ferner die Herstellung der neuen Schutzschuttfänge zwischen Weichsel (Montauer Spitze, neue Schleufe) und Nogat im Laufe der Toren Nogat und verstärkte Sackungen in der Weichselmündung bei Schilkenhorst. Besonders wichtig wird in diesem Jahre die Durchbohrung des Weichsel-Nogatkanals bei Pödel (der jetzigen Abzweigung der Nogat aus der Weichsel) und die damit verbundene Sperrung der Nogat werden; die letztere soll vom 15. April ab teilweise, die hier die Baustraße des Weichsel-Nogatkanals, und vom 1. August ab vollständig sein. Die Durchbohrung selber erfolgt in Gestalt mehrerer Stützdamme aus Rinfrieden, Packwerk, Stampfsteinen usw. und ist bei der erheblichen Breite (125 Meter) und Stromung des Flusses und bei der Abhängigkeit von der Wasserständen eine schwierige Arbeit, die einen großen Aufwand an Baukosten erfordert und deren Gelingen durch Hochwasserwellen sehr in Frage gestellt werden kann. Wenn die Bau- und Wasserwerke eine planmäßige Vorfahrt der vorgedachten Arbeiten gestatten, werden im Bezirk des Wasserbauamts Dirschau für 1915 nur noch einige Reparaturarbeiten an den großen Negatabschlußbauten verbleiben.

Gerichtliches

— Milde Justiz gegen herrschaftliche Diensthofschinder. Der der Strafkammer in Frankfurt a. D. stand eine Landwehr "Herrschhof" aus Neustadt an der Aue angeklagt wegen Mißhandlung, Arbeitsüberbürdung, Körperverletzung usw. ihres Diensthofschinders. Obwohl das arme Geschöpf den Dienst nach besten Kräften versah und von der Natur geistig freimüthlich ausgehört war, als eine besonders rücksichtsvolle Behandlung verdient hätte, wurde es von dem Urungsüberwahr geradezu menschenverachtend mit Schlägen geschlagen und mit Füßen getreten und wurde in einem Stall gesperrt, wo es auf Troch

legen mußte, nachdem die Stalltüren zugebunden waren, damit ein Entrinnen unmöglich sei. Selbst der Staatsanwalt war über die Rohheit der Angeklagten entrüstet und beantragte sechs Monate Gefängnis und die sofortige Verhaftung. Aber die Richter dachten anders und hielten die schenkelhaften Laten mit 200 Mark Geldstrafe für den Chemann und 100 Mark für die Ehefrau für hinreichend gesühnt. Solange die landlichen Diensthofschinder nicht besser geschützt werden, wird ihre Sklaverei nicht aufhören, wird aber auch die „Deutenot“ nicht nachlassen, wird auch von Gleichheit vor dem Gesetz keine Rede sein.

— Christlicher Terrorismus beim Kirchenbau. Im Sommer vorigen Jahres wurden freigeorgisierte Bauarbeiter, die auf Kirchenbauten in den Kölner Vororten Ehrenfeld und Nippes beschäftigt waren, kurzerhand von den Unternehmern wegen ihrer Zugehörigkeit zur freien Organisation entlassen. Die Unternehmer begründeten dies damit, daß von gewisser Seite ein Druck auf sie ausgeübt worden sei. Als der Deutsche Bauarbeiterverband auf Grund des Tarifvertrages Einspruch erhob, legten die Unternehmer vor den Schlichtungsinstanzen dar, daß sie häufig gezwungen würden, bei derartigen Arbeitern Verträge einzugehen, wonach Mitglieder des freien Verbandes nicht beschäftigt werden dürfen. In jenen Fällen habe das der Kirchenvorstand als Bauherr verlangt. Am 5. März beschloß die Haupttarifkommission für das Baugewerbe in Berlin mit dem Fall und entschied, daß die Entlassung der Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes tarifwidrig sei. Das Haupttarifamt sah in der Maßregel der Unternehmer ein Verstoß gegen Paragraph 8 des Hauptvertrages, wonach die Zugehörigkeit zu einer Organisation eine Entlassung nicht begründen könne. Die Unternehmer dürfen also keine Bauverträge eingehen, worin vom Bauherrn die Ausschaltung bestimmter Arbeiter verlangt wird. Dieser klaren Entscheidung zum Trotz werden aber weiter in Köln derartige Verträge abgeschlossen. Bei dem Kirchenbau in Köln-Sollstod, den die Firma Hryn ausführt, werden alle freigeorgisierten ohne weiteres zurückgeschickt, während Christliche angenommen werden. Als es nun in jüngster Zeit dennoch einigen freigeorgisierten Hilfsarbeitern gelang, Arbeit zu bekommen, verlangte der christliche Baudelegierte von ihnen kategorisch den Uebertritt zur christlichen Organisation; wenn sie das nicht tun würden, blieben sie keine drei Stunden am Bau. Unter diesem Zwange sind auch tatsächlich einige Hilfsarbeiter zu den Christlichen übergetreten; einem anderen wurde das Mitgliedsbuch des Deutschen Bauarbeiterverbandes trotz seines ausdrücklichen Verlangens nicht wieder zurückgegeben. Man stellte ihm dafür das Buch des christlichen Verbandes zu. Als sich in der vorigen Woche ein Bauarbeiter, der neun Jahre dem Bauarbeiterverbande angehört, auf wiederholtes Drängen des christlichen Baudelegierten nicht zum Uebertritt bereit erklärte, drohte dieser mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung. Man sieht, daß die Christen wahrlich keine Ursache haben, sich über „roten Terrorismus“ zu beschweren; wo sie die Macht haben, da gehen sie in viel rücksichtsloserer Weise vor. Es ist selbstverständlich, und das ergibt sich ja aus der Entscheidung des Haupttarifamtes, daß kein Unternehmer und erst recht nicht christliche Gewerkschaften das Recht haben, freie Gewerkschaften von Kirchenbauten auszuschließen.

— Sechs Jahre Kampf um die Unfallrente. Wie schwierig heute unfallverletzten Arbeitern durch die Berufsgenossenschaften der Kampf um die Rente gemacht wird, beweist die Leidensgeschichte eines halleischen Arbeiters, die durch Zuspriechung der Rente durch das Schiedsgericht zu Merseburg nach sechsjährigem Kampfe jetzt ihren Abschluß gefunden hat.

Der Arbeiter H. erlitt im Juli 1908 im Betriebe der städtischen Straßenreinigung einen Betriebsunfall, eine erhebliche Kopfverletzung und Querschunden über dem Hüftbein. Am Hinterkopf des Verunglückten entstand kurz nach dem Unfall eine gefährliche Blutgeschwulst, gleichzeitig stellten sich epileptische Anfälle ein, die den Arbeiter arbeitsunfähig machten. Nachdem die Tiefbauberufsgenossenschaft und das Schiedsgericht die Entschädigungspflicht abgelehnt hatten, entschied das Reichsversicherungsamt nachmalige Begutachtung und Verhandlung des Verfahrens. Dabei wurde von dem Oberarzt der Universitätsklinik zu Halle der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Epilepsie als höchstwahrscheinlich festgestellt, worauf das Reichsversicherungsamt Juli 1911 dem Verletzten die Rente dem Grunde nach zusprach. Im Januar 1912 bewilligte die Berufsgenossenschaft dem gänzlich Erwerbsunfähigen eine Rente von 15 Mark monatlich. Da sich die Krankenkasse für verschiedene Leistungen schuldig hielt, wurden dem armen Teufel ganze 10 Mark im Monat ausbezahlt. Schließlich nahm sich das halleische Arbeitersekretariat des verletzten Arbeiters an. Auf Berufung und nach Einholung ärztlicher Gutachten verurteilte das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft im Juni 1912 zur Zahlung der Rente. Darauf ging sich die aber noch immer nicht zufriedene H. legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein, das jedoch nach erneuter langwieriger Beweisführung im März 1914 in dem Sinne entschied, daß die Rente dem Verletzten von der Berufsgenossenschaft zu zahlen ist. Sechs lange Jahre währte dieser Kampf um die Rente.

Die Krankheit des armen Arbeiters ist durch die vielen Aufregungen und jahrelangen Entbehrungen — bei 10 Mark Monatsentlohn — so schlimm geworden, daß die Auszahlung der höheren Rente beschleunigt werden muß, wenn ihn die höhere Rente noch bei Lebzeiten erreichen soll. So ist die Existenz des deutschen Proletariats durch die mißgepriesenen Sozialgesetze gefährdet bis ins hohe Alter.

— Bergarbeiterterrorismus vor Gericht. Wenn die Bergarbeiter hoffen, dann nun sie das gründlich. Und wenn sie Arbeiter verfolgen, können sie keine Grenzen. In Zwickau wurde 1912 zum Bergarbeiterstreik auch vom Zwickauer Steinkohlenbauverein eine Anzahl Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt und den im Bergbauischen Verein organisierten Unternehmern zum Vorkommen beschickt. Einer der betroffenen Arbeiter ist die jetzt noch gekrankte. Er fand mit mühsamer Arbeit im Bergbau und war deshalb in der Zeit bis zum Jahresabschluß 1913 öfter und länger mit 25 Wochen arbeitslos. Eines Tages erfuhr er bei einer erneuten Nachfrage nach Arbeit auf einem Werke,

daß er von Mitgliedsfirmen des Bergbauischen Vereins nicht eher eingestellt werden dürfe, bis die Gewerkschaft Zwickauer Steinkohlenbauverein seinen Namen von der Liste gestrichen habe. Eine zu diesem Zwecke erfolgte Vorstellung des Betroffenen beim Direktor dieser Gewerkschaft wurde schroff abgemiesen. Nun erhob der Arbeiter Schadenersatzklage beim Landgericht Zwickau. Das Gericht hat jetzt den Zwickauer Steinkohlenbauverein und den Bergbauischen Verein zur gemeinsamen Bezahlung von 401,40 Mark Lohnersatz an den Arbeiter und zu dem Hauptteil der Kosten verurteilt. Soweit sich die Forderung auf die ersten zehn Wochen erstreckte, wurde sie abgewiesen, weil innerhalb dieser Zeit die Aussperrung des Arbeiters als berechtigt (!) anzuerkennen sei. Eine weitere Klage für die Lohnverluste des Arbeiters seit Jahresabschluß 1913 wird anhängig gemacht.

Militärjustiz

— Ein Refrakt durch Mißhandlungen in den Tod getrieben. Vor dem Kriegsgericht der 33. Div. in Weh standen am Sonnabend wieder eine Anzahl Soldatenschinder. Angeklagt waren drei Dragoner der 5. Schwadron des Dragonerregiments Nr. 9, sogenannte alte Leute, die zwei Refrakten der Schwadron derart mißhandelt hatten, daß einer der Refrakten, Erneluth, durch die Mißhandlungen zum Selbstmord getrieben wurde. Das Kriegsgericht verurteilte den Dragoner Krenkel zu drei Monaten, den Dragoner Meinede zu sechs Monaten und den Dragoner Schwabedahl zu neun Monaten Gefängnis. Der Wachtmeister der Schwadron Müller wurde wegen ungenügender Beaufsichtigung mit sieben Tagen Arrest belegt.

— Refraktenchindereien vor Gericht. Vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Stettin standen am Freitag vier Sergeanten, fünf Unteroffiziere und ein Gefreiter von der 10. Kompanie des Grenadierregiments Nr. 2, die sich wegen schwerer Mißhandlung von Untergebenen zu verantworten hatten. Fast alle Leute der 10. Kompanie waren als Zeugen geladen. Die Verhandlung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Die Beweisaufnahme zeigte wieder jenes furchtbare Bild von Soldatenschindereien, die bei dem preussisch-deutschen Kommiß in erschreckender Zahl vorkommen. Der Sergeant Wille hatte seine Freude daran, die Mannschaften des Nachts aus den Betten zu treiben. Daß er sie dabei nicht vorchriftsmäßig behandelte, braucht nicht besonders betont zu werden. Das Vergnügen soll er jetzt mit zwei Tagen gelindem Arrest büßen. Mit sechs Wochen Mittelarrest kam der Sergeant Jahn davon. Er war besonders darauf bedacht, Untergebenen, die willensschwach waren oder aus anderen Gründen die Befehle des pflichterfüllenden Vorgesetzten nicht schnell genug ausführen konnten, mit Ohrfeigen und sonstigen Fürsorglichkeiten nachzuhelfen. Daß einem Soldaten gelegentlich auch ein Bund Schlüssel an den Kopf geworfen wurde, hielt dieser Refraktenerzieher für ganz in der Ordnung. Der Sergeant Müller erzielte noch eine Steigerung in der liebevollen Behandlung der Soldaten dadurch zu erzielen, daß er neben den üblichen Ohrfeigen, Schläge mit dem Seitengewehr, der Klopfspeitsche und sogar mit dem Feuerhaken austeilte. An einem Soldaten, dessen Kopf schmutzig war, nahm der Herr Sergeant eine so gründliche Reinigung vor, daß er allein drei Flaschen Benzin verbrauchte, wobei er das Gesicht des Mannes ganz furchtbar traktierte. Der Gerichtshof war empört über diese Tortur und erkannte gegen den Rekruten auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Der Unteroffizier Schiefelke hatte beim Exerzieren mit dem Gewehrkolben und dem Seitengewehr nachgeholfen. Er wurde zu vier Monaten und 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Unteroffizier Köhn hielt in Punkt Qualität mit seinen Kollegen gleichen Schritt, dagegen hat er sie in der Quantität der Schindereien bedeutend übertroffen. Nicht weniger als 74 Fälle von Mißhandlungen Untergebener während des Dienstes und 45 Fälle von vorchriftsmäßiger Behandlung wurden ihm zur Last gelegt. Schließlich suchte er die Soldaten auch noch zu falschen Aussagen zu überreden. Das Gericht verurteilte diesen Angeklagten zu acht Monaten Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an. Die übrigen Refraktenpeiniger kamen bedeutend milder davon. Der Befreite Schnack und der Unteroffizier Wormeller wurden freigesprochen. Verurteilt wurden noch der Unteroffizier Harsdorf zu zehn Tagen, Unteroffizier Lister zu 14 Tagen und Sergeant Engfer zu einer Woche Mittelarrest. Ein Gegenstück zu diesen Brutalitäten bildet ein an sich harmloser Fall, der das gleiche Gericht beschäftigte und der einen Soldaten von der gleichen Kompanie betraf. Der Grenadier Berner hatte sich von seinem Truppteil heimlich entfernt. Als Grund hierfür gab der Soldat an, daß er von dem Unteroffizier Köhn und von verschiedenen Kameraden so arg mißhandelt worden war, daß er nichts anderes zu tun wußte, als sich durch die Flucht von den Drangsalierungen zu befreien. Er wollte nicht ständig dem Truppteil fernbleiben und legte während der Drangsalierung auch niemals seine Uniform ab. Das Gericht erkannte auf die gesetzlich zulässige Mindeststrafe von 43 Tagen Gefängnis. Die Strafe wurde durch die Untersuchungskammer für verbüßt erachtet.

Soziales

Die gehegte Aemul.

Wie die Junker und manche Landgemeinden sich der armen Teufel zu entschuldigen wissen, von welchen sie annehmen, daß sie einmal der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen können, ist bekannt. Über auch städtische Gemeinden scheuen vor solchen Mitteln nicht zurück. So hat die Verwaltung der schwarzburg-holsteinischen Stadt Tönning in letzter Zeit eine ganze Anzahl von Arbeitern ausgewiesen, die im letzten Jahre in der Gemeinde zugezogen waren. Eine solche an eine aus einer benachbarten Landgemeinde zugezogene Arbeiterfamilie erlassene Verfügung sah so aus:

Am 7. August v. J. sind Sie mit Ihrer Familie hier zugezogen. Bestenfalls haben Sie in Tönning sehr wenig Gelegenheit gehabt, die Lehren der öffentlichen Armenpflege zu empfangen. Und dies ist aus der Zeit des Fortschritts der Welt (der Werkbetrieb ist vor etwa 10 Jahren eingestellt worden) außerordentlich viel besser. Wir erwarten, daß Sie durch Ihre Arbeit und Ihren Fleiß einen Beitrag zur öffentlichen Armenpflege leisten werden. Es ist

denken nicht gehoben, da solche Verhältnisse einen verteuerten Lebensunterhalt bedingen. Wir können daher Ihre Wohnstättnahme in Lönning nicht zugeben und fordern Sie gemäß § 4 des Freizügigkeitsgesetzes hierdurch auf, bis zum 15. April Lönning zu verlassen. Im Nichtbefolgungsfalle haben Sie zungewisse Entfernung von hier zu gewärtigen, und zwar nach dem früheren Wohnorte Rating. Wenn alle Stadtbewohner aus Furcht vor Armenlasten die armen Teufel so grausam behandeln würden, könnte das Herz der Agrarier vor Freude hüpfen; im Mangel an billigen und willigen Ausbeutungsobjekten brauchen sie dann nicht bangen.

Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine in Anhalt.

Wir entnehmen der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau: Den Kreisen und Gemeinden im Herzogtum Anhalt steht nach dem Gesetze das Recht zu, eine Umsatzsteuer von den Konsumvereinen zu erheben. Von diesem Rechte haben bis jetzt recht wenig Kreise und Gemeinden Gebrauch gemacht. In letzter Zeit mehrten sich aber die Anzeichen, daß immer mehr Kreise und Gemeinden beabsichtigen, dazu überzugehen, die Umsatzsteuer von den Konsumvereinen zu erheben. Wir berichteten erst kürzlich, daß ein solcher Vorstoß auf dem Kreistage in Ballenstedt unternommen und vom Kreisdirektor auch die Berücksichtigung dieses Wunsches zugesagt wurde. Jetzt ist die Umsatzsteuer (auf 1000 Mark Umsatz 1 Mark Steuer) in dem Orte Neundorf, wo der Bernburger Konsumverein eine Verkaufsstelle unterhält, eingeführt. Bei dieser Gelegenheit betonte der Ortsvorsteher mehrmals mit besonderem Nachdruck, daß das Gesetz sich nur gegen den Konsumverein richte, weil er keine Steuern bezahlen wolle. Er habe es darum für ganz in Ordnung, daß ein solches Geschäft mit einem derartig hohen Umsatz auf diese Art zur Steuer herangezogen würde. Wir wollen schon zugeben, daß es Gemeindevertretungen oftmals schwerfällt, die Einnahmen der Gemeinden mit den ständig wachsenden Ausgaben in Einklang zu bringen. Aber hierzu nun besonders die Konsumvereine heranziehen zu wollen, ist nicht gerecht, denn die Konsumvereine zahlen auch in Anhalt bereits einen anständigen Steuerfuß. Wenn der Umsatz der Konsumvereine in Privatgeschäften erzielt würde, so würde eine solche Steuerleistung wohl schwerlich herauskommen. Wir lassen eine Tabelle über den Stand der Konsumvereinsbewegung am Schlusse des Jahres 1913 und ihre Steuerleistung hier folgen:

Name des Vereins	Zahl der Mitglieder	Umsatz	Gezahlte Steuern	Beschäftigte Personen
Bernburg	3 994	1 222 700	2 190	78
Coswig	799	317 585	2 400	20
Cöthen	1 153	418 630	1 042	23
Dessau	4 654	1 862 137	15 021	127
Harzgerode	390	107 145	316	4
Jehmh.	744	250 316	1 025	9
Raguhn	480	154 000	459	6
Zerbst	945	379 482	1 365	19
	13 139	4 511 995	25 318	286

Wenn nun dem Steuerbeitrage der Vereine noch die von den Angestellten zu zahlenden Steuern zugefügt werden, so ist dieses für den Staat und die Gemeinde eine ganz respektable Steuereinnahme. Die Konsumvereine brauchen sich mit ihrer Steuerleistung nicht zu verstecken. Bei den Gegnern sind aber oftmals nicht steuerrechtliche Momente die Veranlassung zur weiteren Steuerheranziehung der Konsumvereine, sondern ihr Vorgehen ist oftmals von Mißgunst und Konkurrenzneid diktiert.

— Ein menschenfreundlicher Prinzipal. Die Beschäftigung des Reichstages mit dem Gesetzentwurf zur Regelung der Sonntagsarbeit hat eine große Reihe kaufmännischer Firmen veranlaßt, den Abgeordneten und vornehmlich den Kommissionsmitgliedern Eingaben zu überreichen, in denen sie sich gegen die Einführung der Sonntagsruhe wenden. Von welchem Geiste diese Bittschriften beherrscht sind, das zeigt am besten die Eingabe, die Herr August Engel, königlicher Hoflieferant in Wiesbaden, an den Reichstag gerichtet hat. Darin finden sich folgende Sätze:

„Da ich durch die verminderte Einnahme im Falle einer völligen Sonntagsruhe finanziell eine sehr große Einbuße erleiden würde, die an keinem der vorhergehenden oder nachfolgenden Tage wieder einzuholen wäre, müßte ich bei Neueinstellung von Angestellten ernstlich niedrigere Löhne in Erwägung ziehen, eine Maßnahme, die sicherlich nicht im Interesse der sozialen Fürsorge liegen dürfte. Ebenso wäre ich nicht in der Lage, meinen Angestellten einen längeren, zusammenhängenden Urlaub zu gewähren, denn durch eine völlige Sonntagsruhe kämen meine Angestellten in den Genuß von 60 freien Tagen, also von zwei Monaten.“

Also weil die Angestellten, wie es schon die Bibel verlangt, „in jedem siebenten Tage ruhen“, brauchen sie keinen Erholungsurlaub mehr! Diese Ansicht bildet eine treffliche Illustration zu dem vielgerühmten „Wohlfühlen“, das die Unternehmer angeblich für ihre Angestellten übrig haben. Als ob die Badegäste von Wiesbaden wegen der Sonntagsruhe auch nur eine Zigarre weniger rauchen würden! Aber für diese Ueberlegung, daß die gesetzliche Regelung, die doch alle Geschäfte gleichmäßig trifft, ganz naturgemäß zu einer Verschiebung des Sonntagsgeschäftes auf die Wochentage führen wird, hat der Herr Hoflieferant in seinen Erwägungen keinen Raum. Sein ganzes Sinnen ist darauf eingestellt, sich für jeden möglichen Ausfall an seinen Angestellten schadloß zu halten.

— Ein allgemeiner Verband deutscher Landkrankenkassen wurde am 28. Januar in Berlin im „Klub der Landwirte“ gegründet. Das agrarische Gebilde soll ein rückwärtschreitendes Gegenstück sein zu dem Ortskrankenkassenverband.

Ausnahmerechtliche Stellung der Konsumvereine. Wir entnehmen der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz: Einige deutsche Bundesstaaten gestatten es den einzelnen Gemeinden, von den Konsumvereinen Umsatzsteuern zu erheben. Es sieht so aus, als ob manche dieser Gemeinden entgegen aller Gleichheit vor dem Gesetze dieser Besteuerung der Konsumvereine Gerechtigkeit abgewinnen wollten. Der Ortsvorsteher einer Gemeinde in Anhalt begründete die Einführung dieser Umsatzsteuer damit, das Gesetz richte sich nur gegen Konsumvereine, weil sie keine Steuern zahlen wollten. Von einem Ortsvorsteher sollte man eigentlich verlangen können, daß er über seine Nasenspitze hinaus zu sehen gelernt hat. Es gibt keinen Konsumverein, der keine Steuern zahlen will, aber das wäre doch ein merkwürdiger Staatsbürger, der sich selbst zum Tragen von Grundsteuerlasten drängt. Auch für Konsumvereine liegt

nicht die geringste Veranlassung vor, sich zu Steuerleistungen anzubieten, die schließlich den Zweck konsumgenossenschaftlicher Arbeit in Frage stellen könnten. Die acht Konsumvereine Anhalts mit 13 000 Mitgliedern und einem Umsatze von 4½ Millionen Mark zahlen weit über 25 000 Mark Steuern. Schon mit dieser Steuerleistung geben sie dem Steuerfiskus mehr als etwa Händler geben würden, die sich in den Umsatz der Konsumvereine zu teilen hätten. Die genannten Konsumvereine beschäftigen auch ungefähr 300 Angestellte; auch diese zahlen für Staat und Gemeinde Steuern in direkter und indirekter Form. Was will diesen Tatsachen gegenüber das unverantwortliche Gerede von der Abneigung der Konsumvereine gegen das Steuerzahlen bedeuten? Die in manchen Bundesstaaten mögliche Umsatzsteuer, von der sich privatkapitalistische Betriebe sehr leicht befreien können, trifft die Mitglieder der Konsumvereine wie eine Kopfsteuer. Wenn auch auf diese Feststellungen immer wieder hingewiesen wird, so ist doch hundert gegen eins zu wetten, daß nichts die Händler und ihre Organe abhalten wird, immer wieder von der Steuerfreiheit der Konsumvereine zu reden. Einsicht wird man hier vergeblich suchen. Man will die Konsumentenorganisationen um jeden Preis schädigen, wenn es geht, vernichten. Man erfand den Unfuss von der Steuerfreiheit der Konsumvereine, leugnet die gleiche Behandlung der Konsumvereine in steuerlicher Hinsicht, leugnet besonders die oft anzutreffende Ausnahmebehandlung der Konsumvereine und glaubt so, die Gesetzgebung beeinflussen zu können. Bedauernswert jene Gesetzgebung, die diesem Gerede nachgibt! Ein Ausnahmerecht ist niemals mit Staatskunst zu vereinbaren.

Kleines Familienleben

— König Peter unter Sozialdemokraten. Im dritten Bande seiner Memoiren schildert August Bebel die schweren Kämpfe, die er mit den Ueberradikalen in der Partei zu führen hatte, die später zum Anarchismus abschwenkten. Die Wortführer der letzteren waren Most und Hasselmann, die alles zungenmäßig verloren hatten, die an jedem Morgen doppelt so rabiat aufstanden, als sie sich am Abend zuvor niedergelegt hatten, und die anstatt des Parlamentarismus den Dorsch und die Bombe der Propaganda der Tat empfahlen. Wie gegenüber dem zum Anarchismus hindrängenden Elementen in der Partei bewahrte sich Bebel seine geistige Unabhängigkeit auch gegenüber Marx und Engels, denen die Haltung vieler Parteigenossen ebenfalls häufig nicht radikal genug war. Bebel schrieb ihnen: „Ihr legt eben einen ganz anderen Maßstab an und kritisiert, wie innerhalb Deutschlands keinem zu kritisieren erlaubt,“ und er, der sich in steter Fühlung mit den Massen wußte, murrte wohl gar gelegentlich über die „Nörgerei“ der Londoner. So beruhigte er denn auch in dem besonderen Fall Engels, was den Einfluß von Schramm und Höchberg anging, verteidigte die Stellung der Fraktion in der Schutzollfrage: „Wir werden, solange wir parlamentarisch mittun, uns in der reinen Negation nicht halten können, die Masse verlangt, daß auch für das Heute gesorgt werde, unbeschadet dessen, was morgen kommt,“ und erklärte zu dem Vorwurf der Rücksichtnahme auf die „öffentliche Meinung“, mit der Taktik, sich möglichst vorsichtig zu benehmen, um den Gegnern die Gelegenheit zu wirksamen Angriffen zu vermeiden, vergebte man sich gar nichts, mühe aber sehr viel.

Der Vertrieb des Sozialdemokraten ging nun von Zürich aus unter der Leitung des „roten Feldpostmeisters“ Motteler munter von statten. Von Motteler, dem er vor sieben Jahren die Trauerrede halten mußte, entwirft Bebel in seinem Buch eine liebevolle Federzeichnung als von einer geborenen Dichter- und Künstlernatur und einem genialisch angelegten Menschen, der die Welt stets anders sah als die andern. Daneben hatte sich ein ganzer Generalstab tüchtiger Kräfte eingefunden. Richard Fischer, Tauscher, Derossi, Rautsky und Heinrich Schlüter, und im „Möhrenklub“ fand man sich zuweilen auch mit Peter Karageorgewitsch zusammen, der heute auf dem serbischen Königsthron sitzt. Von dem Leben und Treiben im Züricher „Hauptquartier“ erzählt Bebel u. a.:

„Allmählich hatte sich in Zürich ein ganzer Generalstab tüchtiger Kräfte eingefunden. Neben Bernstein, Motteler, Bollmar die beiden Seher des Sozialdemokraten, Richard Fischer und Tauscher, Derossi, der Gehilfe Mottelers, Karl Rautsky und später Heinrich Schlüter, dann der Züricher Genosse Schneider Beck und der Buchbinder Manz, der in Berlin der letzte verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse“ gewesen war, ehe ihr das Sozialistengesetz den Garaus machte, und andere . . . Schneider Beck, ein lustiger Kumpan, war der „Hoffschneider“ des damaligen Studenten Peter Karageorgewitsch, des späteren Königs Peter von Serbien. Peter Karageorgewitsch, der öfter mit unsern Parteigenossen verkehrte, manchmal auch an den lustigen Sitzungen im Möhrenklub teilnahm, war damals ein armer Teufel, der sich ständig in Geldnot befand. Um sich ein wenig herauszuhelfen, veranlaßte er den Schneider Beck, ihm seine Rechnung 50 Prozent höher im Preise anzusetzen. Sobald dann Peters Rechnung von seinen Angehörigen bezahlt wurde, erhielt Peter von Beck die überschüssigen Beträge. König Peter hat während des Balkankrieges einem Interviewer der Neuen Züricher Zeitung das Geständnis abgelegt, wie schön es in seiner Jugend in Zürich gewesen sei und welche hochfliegenden Pläne sie damals für Völkervereinigung und Vaterglück geschmiedet hätten. Aber Träume sind Schäume. Es gibt noch manchen Staatsmann und hohen Beamten auf dem Balkan, der in jungen Jahren in Zürich ein fester Marxist wurde und es mit der Internationale hielt.“

Als Bebel im Jahre 1880 während eines gerichtlichen Verfahrens sich auf eine Geschäftsreise begeben mußte, teilte er dem Gericht diese Absicht samt der Bemerkung mit, in der Pfingstwoche werde er bestimmt in Dresden sein. Als er nun am Pfingstmontag mit seiner Tochter auf der Brühlischen Terrasse lustwandelte, wurde er verhaftet, und zwar auf Antrag der Strafkammer mit Berufung darauf, daß „der Angeklagte seiner eigenen Angabe nach einen festen Wohnsitz im Lande nicht habe“. In Wirklichkeit kam es den sauberen Dienern der sächsischen Gerechtigkeit nur darauf an, dem verhassten Gegner und seiner Familie das Pfingstfest zu verderben, denn am Dienstag wurde der Inhaftierte prompt entlassen.

Daß diese raffische Hand die Feder nicht weiterführen konnte, rückt uns den Verlust unseres großen Führers noch

immer besonders schmerzhaft nahe, aber zugleich erfüllt es uns mit Dankbarkeit, daß sie wenigstens über die Hälfte dem Entwicklungsgang eines reichen und seltenen Lebens niederzeichnen durfte, das in jedem seiner Abschnitte so groß wie rein war und so rein wie groß.

Gewerkschaftliches

— Zur Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter. Die unter den Brauereiarbeitern vorgenommene Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der von den Brauereibesitzern gemachten Zugeständnisse hat folgendes Resultat ergeben: Von den in Ringbrauereien beschäftigten Arbeitern wurden 4747 Stimmen abgegeben, davon 2091 für und 2656 gegen die Annahme. An der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung fehlten 510 Stimmen. Von den Arbeitern in den ringfreien Brauereien wurden 1251 Stimmen abgegeben, davon 135 für und 1116 gegen die Annahme. Hier ist die Zweidrittelmajorität für die Ablehnung reichlich vorhanden. Insgesamt fehlten aber an der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung 228 Stimmen. Die Lohnkommission wird mit den Vertrauensleuten nun zunächst über die weiteren Maßnahmen beraten.

— Erfolgreicher Brauereiarbeiterstreik in Hof i. B. Nach dreitägigem Ausstand konnte der Streik mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Erreicht wurde die 9½stündige tägliche Arbeitszeit, Bezahlung der Extraarbeiten an Sonntagen, eine sofortige Lohnerhöhung von wöchentlich 1,50 Mark und eine weitere Zulage von 50 Pf. während der Vertragsdauer. Die geplanten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse durch die Unternehmer sind dadurch abgewehrt. Am 4. April nahmen die Streitenden die Arbeit wieder auf; die Streikbrecher mußten den Betrieb verlassen.

Vermischtes

— Ein alter, im Dienst ergrauter Stationsvorsteher, auf dessen Bahnhof sich ein nicht unbedeutender Zugzusammenstoß ereignete, sprach gesagt zu seinen drei Bediensteten: „Sie schauen, daß so schnell wie möglich die Sanitätskolonne herkommt; Sie verständigen alsbald den Bahnarzt, und Sie holen mir sofort zwei Maß Bier!“

Aus aller Welt

Junger Proletarier Leben und Sterben.

In Sternberg in der Neumark wurden neulich abends zwei Böglinge der Erziehungsanstalt Reitwein der Polizei übergeben. Sie waren am Abend vorher ausgerückt, bis Rebus gelaufen, hatten dann einen Teil der Nacht auf einer Stein-schlagermatte in freiem Felde kampiert und waren schließlich völlig erschöpft bis Sternberg gekommen, wo sie am nächsten Tage von einem Aufseher der Anstalt abgeholt wurden. Der junge Bursche war erst zwölf Jahre alt und hatte nur Holz-pantoffeln an, der ältere zählte 16 Jahre. Was muß die bedauernswerten Jungen, sei es nun körperlich oder geistlich, gelitten haben, ehe sie den verhängnisvollen Entschluß faßten, der ihr trauriges Los nur noch trauriger gestalten wird?

Nicht lange darauf brach in der Nähe desselben Sternberg, am Wege nach Wallwitz ein anderer, auch erst im siebzehnten Jahre stehender Proletarier fraktion zusammen. Ein alter Mann bemühte sich um ihn, aber umsonst; noch ehe der Arzt erschien, war der Arme schon tot. Er war vier Tage vorher aus Berlin abgewandert, um in der Provinz Arbeit zu finden — das wird von den Satten der Hungerigen ja immer empfohlen —, aber statt Arbeit fand er den Tod, den Tod durch Erschöpfung.

So leben und sterben die Söhne der Armen, während die der Reichen das Geld mit vollen Händen wegwerfen und später in Amt und Würden über das Proletariat zu Gericht sitzen und seine Klassenbewegung in Grund und Boden verdammen.

— Der Kaplan als Zentrumsagitator. Auf dem 9. ordentlichen Gau-tag der sozialdemokratischen Partei Bayerns, Gau Südbayern, der in diesen Tagen in München stattfand, klagte der Delegierte Zeh-Augsburg über Schikanen des Zentrums und der Geistlichkeit im Wahlkreise Nidach: Ein Kaplan habe das Austragen des Wochenblattes verboten und mit Aufständigung einer Pacht gedroht. Auf einen Wirt wurde durch den Geistlichen eingewirkt, daß er das bayrische Wochenblatt abbestelle; der Geistliche riet der Frau zum ehelichen Streik, falls der Wirt das sozialdemokratische Blatt nicht abbestelle. — Diese Art priestertlicher Zentrumsagitation soll auch noch anderswo vorkommen.

— Im Walde veriert und gestorben. Aus Berlin wird gemeldet: Der seit vierzehn Tagen vermißte zehnjährige Knabe Willy Hamstow wurde in der Straßberger Forst als Leiche aufgefunden. Er hatte mit seinen Kameraden auf einem Ausflug Fuchs und Hase gespielt. Er war der Hase und flüchtete vor den verfolgenden Kameraden. Später fehlte Willy und obwohl sofort die Kameraden und später auch die Gendarmen suchten, wurde er nicht gefunden. Sonntag unternahmen etwa 100 Personen abermals eine Streife und fanden an einer einsamen Stelle den Knaben als Leiche auf. Ob er vor Angst infolge Herzschlags oder infolge Erschöpfung gestorben ist, wird die Obduktion ergeben.

— Das Drama im Eismeer. Die Hoffnung, daß es dem in den Gewässern von Neu-Fundland von einem Schneesturm überfallenen Dampfer „Southern Cross“ gelungen sei, einen schützenden Hafen zu erreichen, scheint sich nicht zu erfüllen. Der Dampfer versuchte mit einer Besatzung von 173 Mann vor den übrigen zu der Robbenjägerflotte gehörenden Schiffen trotz des Sturmes und des schweren Eisganges den Hafen mit seinen wertvollen Feilen zu erreichen, um die besten Preise zu erzielen. Der Versuch mißglückte jedoch und der Dampfer hat bisher noch nirgends gesichtet werden können.

— Eine gefährvolle Landung hatte Sonntag Mittag der in Köln mit drei Insassen aufgestiegene Freiballon „Cöln“. Aber Hagen sank der Ballon trotz Ballastabgabe plötzlich vor 1500 auf 100 Meter. Das Schleppseil schleiße über die Häuser und riß die Fiegel von den Dächern. Schließlich fests der Ballon an die Schule in der Blumenstraße und blieb in den Aesculapkreuzleitungen hängen, riß sich aber wieder los und landete nach kurzem Weiterfluge hinter dem Aemmerhause. Der Führer, Hauptmann Wirtel vom 7. Fußartillerie-Regiment in Köln und Stabsarzt Müller aus Köln, erlitten erhebliche Querschüssen, der Referendar Brachos aus Mülheim a. Rh. zog sich einen Beinbruch zu. Nach Anlegung eines Nothverbandes konnten die beiden ersten sich nach Köln zurückbegeben, während der Referendar Brachos vorläufig im hiesigen Hospital bleibt.

München, 5. April. Heute nachmittag wurde Paul Henje auf dem Waldfriedhof zur letzten Ruhe bestattet. Eingeleitet

Hierzu 1 Beilage.

Eiserne Bettstellen, Gartenmöbel, Trittleitern, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Stahlwaren.

Telephon 3031

Breitcasse 127

II. Finals: Sprechwettbewerb: 9—11 Uhr. Sonntag: 9—11 Uhr. Zoppot, Seestraße 25. 1 Tr.

II. Finals: Sprechwettbewerb: 9—11 Uhr. Sonntag: 9—11 Uhr. Zoppot, Seestraße 25. 1 Tr.

Elbing, Grubenhagen Str. 24.

Rudolf Brzezinski
Holzmarkt 24

13] Die Direktion.

Herr Rochette drohte: Niesere man ihn ans Messer, dann werde er Enthüllungen machen, die eine allgemeine Börsenpanik hervorrufen würden. Man ließ ihn laufen.

Sind sie nun alle Diebe und Betrüger die Leute, die mit dem Finanzier zu tun haben? Mit nichten! Sie können mit gutem Recht behaupten, in der kapitalistischen Welt sei die reelle Profitmacherei derart mit Schwindel verquickt, daß niemand mehr die Grenze erkennen kann. — Im „großen Weger“, wo die ganze Weisheit unserer Zeit zusammengefaßt ist, steht zu lesen: „Eine jede Unternehmung beruht mehr oder weniger auf spekulativer Grundlage und die Spekulation ist also eine Berücksichtigung zukünftiger Möglichkeiten, an und für sich eine unerlässliche Bedingung geordneter Bedarfsdeckung und eines geregelten Wirtschaftslebens.“ Stimmt, nur muß man es etwas anders fassen. Der kapitalistische Unternehmer produziert des Profites willen. Indem er Lohnarbeiter Produkte schaffen läßt, eignet er sich Mehrwert an. Das ist Ausraubung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten. Aber dieser Mehrwert wird erst realisiert, wenn das Produkt als Ware verkauft wird. Hier aber, im Handel, beginnt der Kampf der einzelnen Kapitalisten untereinander und gegen die ganze Welt: beim Warenschacher läuft leicht ein bißchen Betrug unter, indem der Käufer unter dem realen Wert zu kaufen sucht, der Verkäufer gar gern über dem Wert verkaufen möchte. Dabei müssen Fabrikant, Großhändler und Krämer fast stets spekulieren. Aber bei entwickelter kapitalistischer Wirtschaft handelt man nicht nur mit Waren, sondern auch mit Anweisungen auf noch nicht vorhandenen Mehrwert. Nichts anderes sind nämlich die Wertpapiere: ob Zins oder Dividende gezahlt werden sollen, die Quelle ist stets der Mehrwert, den man den Arbeitern entzogen hat. In diesem Handel mit Wertpapieren feiert die Spekulation ihr Orgien und der Schwindel ist dabei eine stehende Begleiterscheinung. — So ist die Spekulation das Gerause um den Anteil an dem den Arbeitern abgezackten Mehrwert und gerade hier beschwindeln sich die Mitglieder der ausbeutenden Klassen in strupelloser Weise.

Zu bemerken ist, daß dieser Schwindel in der kapitalistischen Welt sozusagen eine historische Mission hat. — Als Urtyp des finanziellen Gründers und Schwindlers kann John Law gelten. Dieser ehrsame Schotte gründete zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts mit Beihilfe der französischen Regierung eine „Generalbank“ und die „indische Compagnie“, die beide im Jahre 1720 vertrachten, wobei französische Aristokraten und Bürger viele hundert Millionen einbüßten. Der Mann hatte aber ein ganzes wissenschaftliches System ausgearbeitet über das Kreditwesen und führte dabei aus, daß durch Schaffung von Banken und Handelskompanien auf Aktien, die kleinen Kapitalien und Ersparnisse „zu einer großen und fruchtbaren Kapitalmacht zusammengefaßt werden“, mit der man dann Handel und Industrie fördern kann. In der Praxis erwies sich seine Gründungs als Schwindel und trotzdem beständige diese Praxis seine Theorie. Denn was war schließlich geschehen? Viele Aristokraten und Bourgeois waren ihr Geld freilich los; aber durch jene Bank und die indische Compagnie hatte in der Tat der französische Kapitalismus einen mächtigen Anstoß erhalten. — Ein anderes Beispiel aus neuer Zeit: um die Jahrhundertwende tobte eine wilde Spekulation in Aktien der südafrikanischen Goldgruben; es verloren dabei raffgierige Spekulanten aus den Kreisen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in ganz Europa Milliarden, der Schwindel ging ins Gigantische. Das Resultat aber ist, daß mit diesen Milliarden die südafrikanische Grubenindustrie geschaffen wurde, daß Südafrika den Anstoß zu kapitalistischer Entwicklung bekam. Es sind freilich nicht die kleinen Spekulanten, denen die Profite zufließen, sondern eine Anzahl Glückspilze und — ganz offen gesagt — der erfolgreichsten Gauner, die schließlich auf dem reich gedüngten Boden ernten.

Herr Rochette, der ein John Law in Westentaschenformat zu sein scheint, verteidigte sich in seiner Denkschrift, indem er argumentiert: mich verfolgt man, weil ich Pech hatte (wie alle solche Projektmacher behauptet er, die Sache mit seinen Gründungen wäre glänzend geworden, wenn man ihm Zeit gelassen hätte), aber wenn das Publikum an meinen Papieren 200 Millionen verloren hat, so hat es an den Emissionen der Großbanken, an russischen, türkischen, amerikanischen und anderen Papieren im Laufe der zwanzig Jahre von 1890 bis 1910 nicht weniger als 10 Milliarden verloren. Das letzte sucht er ziffernmäßig nachzuweisen und es dürfte stimmen. — Wo sind nun diese Milliarden geblieben? Es liegt im Wesen der Spekulation, daß, was der eine Spekulant verliert, der andere gewinnt (vollständig vernichtet wird nur ein Teil der Werte, die etwa verwendet wurden, um Fabriken zu bauen, Maschinen herzustellen usw., für die es später keinen Gebrauch gibt). Die Verlierenden sind zumeist die „kleinen Leute“, die Gewinnenden die Beherrschenden des Kapitals. Das kann nicht anders sein, denn dem kleinen Spekulanten, der in seiner Raffgier blind darauf losstürzt, steht die wohlorganisierte Macht der Hochfinanz gegenüber. Das volkswirtschaftliche Resultat dieser Spekulations- und Schwindelgeschäfte ist stets die Ausraubung der Kleinbürgerlichen Schichten, die sich daran beteiligen und die Zusammenballung des Raubes in den Händen der Kapitalmagnaten.

Es handelt sich also um ein Kapitel aus der Leidensgeschichte des Kleinbürgertums und zwar um ein sehr wenig rühmliches. Jedemal wenn diese Leute durch einen Schwindler Schaden erlitten haben, schreien sie nach Schutz; der Staat soll den Schwindel unmöglich machen. Aber der Staat kann nichts tun, denn es ist längst ausgemacht, daß ohne Börse, ohne Spekulation weder Handel und Industrie noch das Finanzgetriebe des Staates bestehen können. Schützen kann sich das Kleinbürgertum nur selbst, denn niemand ist ja gezwungen zu spekulieren. Aber hier liegt der Hund begraben: weil bei der kapitalistischen Wirtschaft den Kleinbürgerlichen Schichten der Boden immer mehr entzogen wird, wird die Gier nach leichtem Gewinn umso mehr aufgepeitscht. Der große Kapitalist kann bei fünf Prozent Profit bestehen, der kleine Bourgeois hungert, wenn sein Kapitalchen nur so viel abnimmt; deshalb macht er waghalsige Spekulationen, um statt fünf Prozent, zehn oder zwanzig zu ergattern und geht dabei den Schwindlern ins Fern. Dagegen ist kein Kraut gewachsen.

Der Kapitalismus, der auf Ausbeutung begründet ist, wird den Schwindel niemals los werden; er gehört zu seinem Wesen. Wenn moralische Anschauungen das entscheidende

wären, müßte die kapitalistische Ordnung am Ekel der anständigen Menschen zu Grunde gehen. Aber da es sich um Machtfragen handelt, werden die ehrlichen Bourgeois nicht aufhören, sich gegenseitig zu begaunern, bis schließlich das Proletariat dem widerlichen Treiben ein Ziel setzt, indem es eine Gesellschaftsordnung begründet, bei der kein Raum für das Raufen um den Anteil am kapitalistischen Raub ist, weil es keine Ausbeutung mehr gibt.

Und wieder eine „Kronprinzen-Beleidigung“

Das Zeitalter der Magistatsbeleidigungsprozesse ist durch das der Kronprinzenbeleidigungsprozesse abgelöst worden. Am Sonnabend hatten sich wieder zwei Journalisten wegen angeblicher Schmähung des Thronfolgers vor dem Landgericht III in Berlin zu verantworten. Angeklagte waren die Schriftsteller Dr. Zepher und Karl Schneidt.

Aber die Verhandlung enthielt mehr dem Vorwärts. Dr. Zepher hatte in der von ihm herausgegebenen und redigierten Zeitschrift „Der Weg“, womit sich der Kronprinz bei seiner Verheiratung nach Berlin in überschwenglichen Worten von seinem Hulanerregiment verabschiedete, durch eine satirische Parodie kritisiert. Die Parodie war in die Form eines Briefes gefaßt, den ein sentimentalischer Bursch beim Abschied aus der Pension an eine Mitschülerin richtete. Schneidt hatte diesen Artikel in seiner Wochenzeitschrift „Die Tribüne“ nachgedruckt, aber einen Schlußsatz, der ihm zu sehr erschien, weggelassen.

Die Gerichtsverhandlung begann mit einem Kampf für und gegen die Öffentlichkeit der Verhandlung. Der Staatsanwalt beantragte Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Strafkammer lehnte zwar diesen Antrag ab, aber beschloß den Ausschluß für die Zeit der Verlesung des inkriminierten Artikels und des Plaidoyers des Staatsanwalts.

Nachdem die Verlesung erfolgt und die Öffentlichkeit wieder hergestellt war, erklärte Dr. Zepher, es sei völlig ausgeschlossen, daß er die Absicht gehabt habe, den Kronprinzen zu beleidigen. Die Form der satirischen Kritik habe er gewählt, weil ihm der Einfall gekommen sei, den Ekel des Kronprinzen mit dem Herzenserguß eines sentimentalischen Mädchens zu vergleichen. Er habe nur zeigen wollen, daß die Worte des Kronprinzen der Ausfluß eines jugendlichen Temperaments seien und nicht die Bedeutung haben, die ihnen die Kriegsbegeisterer und die Aldeutschen in ihrer Agitation geben. Der von Schneidt weggelassene Schlußsatz sei allerdings eine Entgegnung.

Der Angeklagte Schneidt erklärte, er habe den Artikel abgedruckt, weil er ihn für eine köstliche Satire halte. Den Kronprinzen habe er nicht beleidigen wollen. Er habe dem Ekel überhaupt keine Bedeutung beigelegt.

Dr. Wiehler befandte als Zeuge, daß die Zeitschrift „Der Weg“ ein ernsthaftes politisches Organ sei und nicht in Sensation mache.

Alexander Mochowski, Redakteur der „Lustigen Blätter“, wurde als Sachverständiger über das Wesen der Parodie vernommen. Er sagte, die Wahl der Parodie schließe fast immer die Absicht der Beleidigung aus.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Dr. Zepher zwei Monate, gegen Karl Schneidt sechs Wochen Gefängnis. Die Verteidiger, die wieder öffentlich plädieren durften, beantragten Freisprechung.

Nach 1½ stündiger Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmeier, das

Urteil:

Nach Tendenz, Ton, Art und Ausdruck des im Artikel gewählten parodistischen Bildes sieht das Gericht, daß die Angeklagten die Absicht hatten, den Kronprinzen zu verhöhnen und seine Ehre zu verletzen, aber nicht ernste Kritik zu üben. Der Artikel geht weit über das Maß einer berechtigten Kritik hinaus. Es liegt eine grobe Beleidigung des Kronprinzen vor, die böswillig, mit Hebelwirkung und aus feindseliger Gesinnung begangen ist. Für das Strafmaß ist zu berücksichtigen, daß der Angeklagte Dr. Zepher erst einmal vorbestraft ist. Der Angeklagte Schneidt ist zwar mehrmals vorbestraft, aber nicht wegen Majestätsbeleidigung. Andererseits kommt in Betracht, daß die Beleidigung eine grobe und gegen den Erben des Thrones gerichtet ist. Mildernde Umstände sind den Angeklagten verweigert, aber das Gericht erkennt ausdrücklich an, daß sie nicht aus ehrlicher Gesinnung gehandelt haben. Jeder der beiden Angeklagten wird zu einer Zuchthausstrafe von sechs Wochen verurteilt.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit just während der Anklagerede ist recht hübsch. Gerade die Rede des Staatsanwalts sollte — im Gegensatz zu der der Verteidiger — geeignet sein, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Ja — wenn gerade das, was die Anklagebehörde vorbringt, die Ordnung und Sicherheit gefährdet, dann ist doch die Voraussetzung dazu, daß die Anklage an sich der Staatsicherheit und Ordnung Abbruch tut und mithin nur in einer dieser Erscheinungen gefährdenden Weise begründet werden kann. Ist aber schon die Anklage für Ordnung und Sicherheit gefährlich — um wie viel mehr die Verurteilung!

Der Vorwärts erinnert daran, wie sich ein österreichisches monarchisches Blatt vor Kronprinzenbeleidigungsprozessen schützte. Es registrierte die Taten des Kronprinzen und schrieb dazu: Lange lebe unser Kaiser! — So ein monarchisches Blatt.

Als Republikaner bekämpfen wir Einrichtungen und nicht Personen und deshalb finden wir es erklärlich, daß auch in unseren Kreisen der Wunsch nach einem recht langen Leben Wilhelms II. stark in die Erscheinung tritt.

Konservativ-nationalliberaler Sauf um die kapitalistische Verfeuchung

Die Süddeutsche Konservative Korrespondenz hat kürzlich erzählt, in welchem Maße sich die Aufsichtsratsstellen bei liberalen Politikern häufen, wie der Multimillionär Kaempf mit einigen anderen Gesinnungsgenossen das Defizit von 180 000 Mark eines freisinnigen Blattes zahlt und der Abg. Basser-mann, das 13 fache Aufsichtsratsmitglied, von seinem Einkommen 120 000 Mk. für die Partei opfert, woraus sich sein überragender Einfluß in der nationalliberalen Partei erklärt.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ zögert nicht, den Konservativen nun ihre kapitalistischen Sünden vorzuhalten: „Biel näher würde es aber für das konservative Organ liegen, sich mit den „großkapitalistischen“ Dingen im eigenen Lager zu befassen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nach Bezahlung aller Dividenden usw. noch 84 000 Mk. an Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder verteilt, und das nach einer Dividende von zehn Prozent, ein Satz, den der konservative Generalsekretär Runge als unerschöpflich bei anderen Gesellschaften natürlich — bezeichnet hatte. Vielleicht äußert sich das konservative Organ auch einmal auf die Behauptung des Stuttgarter „Beobachters“, daß der Bund der Landwirte und seine leitenden Personen nach Millionen und Abermillionen in Kali-

gewerkschaften finanziell beteiligt sind, und daß sie Geschäftsführer für geleistete Arbeiten statt Bargeld Obligationen, z. B. von Beldorf, in Zahlung gaben, die heute kaum zu 64 Prozent anbringlich sind. Das sind doch genug Dinge, mit denen sich die unentwegten Gegner des Großkapitals eigentlich beschäftigen müßten, ansonsten man ihnen sagen muß, daß ihre ganze moralische Entstellung obste politischste Klopfschere ist.“

Im Glashause sitzen alle bürgerlichen Parteien.

Die Gemeindevahlen im Bezirk Halle

Bei den Gemeindevahlen im Regierungsbezirk Merseburg hat die Sozialdemokratie gut abgeschnitten, obwohl unter dem Einfluß der Krise in der Industrie diesmal weit größere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Bisher wurde der halleischen Parteileitung das Resultat aus 41 Orten mitgeteilt, in denen insgesamt 48 Mandate erobert wurden. In elf Orten legten wir zum ersten Male! In den meisten Orten war die Wahlzeit so ungünstig gesetzt, daß es den Arbeitern vielfach nur unter großen Opfern, oft eines Tageslohn, möglich war, ihr Wahlrecht auszuüben.

Pflanzschulen des preussischen Mandarinentums

Die Korps der Borussia und Sago-Borussia.

Als vor kurzem bei Besprechung der Duell-Interpellation im Reichstag ein sozialdemokratischer Redner die schlagenden Studentenverbindungen „die Bruststätten eines gefehrbereiten und gehesverächtlichen Sinnes“ nannte, wurde er „wegen Beleidigung unserer Universitäten“ von dem Donnerstag des Ordnungsrufes getroffen, wie sie der Jupiter auf dem Präsidentenstuhl, Herr Kaempf, mit allzu freigebiger Hand auf die äußerste Linke herabstend. Dieser Ordnungsruf war hier insofern doppelt und dreifach unbegründet, als noch nicht der zehnte Teil unserer akademischen Jugend die bunte Mühe trägt und den geschliffenen Schläger führt. Wendet man sich gar zu den Pflanzschulen unseres hohen Mandarinentums, so stößt man auf eine winzige Minderheit von Studenten, die neben der ungeheuren Masse der akademischen Bürger völlig verschwinden — wenn, ja! wenn sie nicht die Bevorrechteten der Bevorrechteten wären. Da sind vor allen im Rahmen des Köfener S. C. (Senioren-Convents) zwei Korps, aus deren alten Herren der preussische Staat fast seinen ganzen Bedarf an Ministern, Oberpräsidenten und ähnlichen Mandarinen erster Rangklasse deckt: einmal die Borussia in Bonn, bei denen die Hohenzollernprinzen in die Geheimnisse des Kabinetts eingeführt werden, und zum zweiten die Sago-Borussia in Heidelberg, auf deren Mensuren auch sehr selten bürgerliches Blut verspritzt wird.

Nach feudaler wie die Borussia in Bonn sind die Sago-Borussia in Heidelberg. In erster Reihe steht der Feudalismus Preußens und der anderen Bundesstaaten seine Söhne — mit dem anständigen Monatswechsel von ein bis zweitausend Mark! — zu den weißen Stürmern nach Heidelberg. Die „Zugehörigkeit seiner Mitglieder zu den ersten Gesellschaftsklassen“ bildet nach § 2 der Satzungen „einen Eckpfeiler unseres Korps“, und § 54 betont, „daß es der Vergangenheit der Sago-Borussia weit mehr entspricht aus Mangel an Mitglieder unterzugehen, als von der altbewährten Ueberlieferung zu lassen und ungeeignete Mitglieder aufzunehmen“.

Man will eben unter sich sein, „exklusiv noch außen hin“, und darum spricht ein gedumelter Hochmut aus jeder Zeile der Satzungen: keine höhere Ehre zwischen Himmel und Erde gibt es, als sich das weiß-grün-schwarz-weiße Band über die Weste knüpfen zu dürfen, und im ganzen großen Weltensystem nimmt das Korps Sago-Borussia die erste Stelle ein. Dieser Hochmut äußert sich nicht nur in dem Verhalten zu gewöhnlichen Sterblichen und unbefindlichen Studenten, sondern auch in der Stellung des Sago-Borussia zu anderen Korps, mit denen er doch in demselben Köfener S. V.-Verband ist:

„Was den Verkehr mit fremden Korpsstudenten betrifft, so hüten wir uns vor jeder Vermischung mit ihnen: sie widerspricht dem exklusiven Wesen und der Würde unseres Korps. Daß es einem aktiven Sago-Borussen nicht ansteht, selbst in höchster Betrunkenheit, einem fremden aktiven Korpsstudenten Schmolks anzubieten, versteht sich von selbst.“ (§ 6.)

Und in der schweinsteifsten Besonnenheit noch jeinal — auch im Finstern noch exklusiv!

Deutschland

Berlin, den 4. April. Die „Morbo. Wg.“ zitiert mit, daß eine Kalligraphie in den Bundesratsausschüssen in erster Lesung beraten worden sei und mehrfach Änderungen erfahren habe. Eine zweite Lesung findet nach Ostern statt. Die Veröffentlichung der Novelle in einer Berliner Tageszeitung sei auf eine bedauerliche Indiskretion zurückzuführen. Der Urheber dieser Indiskretion sei noch nicht ermittelt worden.

Wie verschiedene Blätter aus Posen gemeldet wird, trafen dort am Sonnabend 38 polnische Kinder aus Berlin-Moabit, und zwar solche, die in der St.-Pauluskirche zur Kommunion nicht zugelassen wurden, ein. Einige Damen empfingen die Kinder und sorgten für ihre Unterkunft. Gestern früh wurde den Kindern die Kommunion in der Marienkirche erteilt. Trotzdem die Feier geheim gehalten war, fanden sich viele Teilnehmer ein.

—Kinderlegen und Arbeiterklasse — aufgebotene Konfiskation! Wie in vielen Parteibuchhandlungen, so war auch in der Buchhandlung der Rheinischen Zeitung in Köln die Broschüre „Kinderlegen und Arbeiterklasse“ konfisziert worden, und die Kölner Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Expedienten Decker wegen angeblicher Verbreitung unzüchtiger Schriften zu einer Geldstrafe von 20 Mark. Wenn auch das Buch, so hieß es in den Urteilsgründen, nicht in der Absicht geschrieben sei, die Geschlechtslust zu reizen, sondern einen Späparat empfehle, so käme sie doch wahllos in die Hände verheirateter und unverheirateter Personen, die durch die Lektüre nur ihre Lüsternheit reizen wollten. Der Angeklagte müsse diesen Charakter der Schrift gekannt haben. — Das Reichsgericht erklärte jetzt die Revision Deckers für begründet. Der gerügt hatte, daß die objektive Unzüchtigkeit in keiner Weise festgestellt sei. Auch der Reichsanwalt betonte, daß das Kölner

Landgericht den Begriff der Unfähigkeit verkannt habe; es hätte die Feststellung treffen müssen, daß die Schrift das im Volke herrschende Scham- und Stillschweigungsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletze.

Die unbegründete Beschuldigung und Verurteilung wirkt natürlich nur als Reklame für die Schrift.
— Gnadengeuch an den Jaren zur Befreiung von deutschen Luftfahrern. General Freiherr v. d. Goltz hat sich als Präsident des Luftschiffer-Verbandes veranlaßt gefühlt, an den Jaren ein Gnadengeuch zu richten, damit er die in Rußland verhafteten deutschen Luftschiffer freilasse. Die deutsche Regierung scheint nicht die Kraft zu fühlen, sich der durch einen totalen Gemattstreik drangsalirten Deutschen anzunehmen. Das wäre aber würdiger wie ein Appell an die Gnade des Bluthuren.

Türkei

— Belagerungszustand in Bittis. Die türkischen Großgrundbesitzer wollen die Reformen verhindern, durch die sie und die Kurden überhaupt an der Vererbung der Armenier gehindert werden sollen. Sie haben daher eine Revolte mit den ihnen ergebenen türkischen Proletariern und Bauern begonnen. Die türkische Regierung hat daher am Sonntag über Bittis den Belagerungszustand verhängt.

Marokko

— Kämpfe zwischen Spaniern und Marokkanern. Bei Genta wurde am Sonnabend eine Aufklärungsabteilung von Marokkanern angegriffen. Spanischerseits fiel ein Offizier, ein Korporal wurde schwer verwundet. Die Marokkaner, die auch die Flugzeuge der Spanier beschossen, wurden durch Geschützfeuer verjagt. Sie ließen fünf Tote zurück.

Danziger Nachrichten

Der Osterhase.

In den Schaufenstern erblickt man jetzt überall einen den Osterhasen in allen Formen, Größen, Farben und Gestalten als Osterdekoration. Ein Heidelberger Studierender der Jurisprudenz, der einst in eine hochnotpeinliche Untersuchung verwickelt war, hat sofort bei Beginn seiner Vernehmung erklärt: „Mein Name ist Hase, ich verneine die Generalfragen, ich weiß von nichts.“ Aus dieser Antwort ist unter Fortlassung der „Generalfragen“ das bekannte geflügelte Wort hervorgegangen. Wenn unser gewöhnlicher Hase, der richtige Hase, oder Walddhase, sprechen könnte und wir ihn über die ihm angedichteten Funktionen des Osterhasen interpellieren wollten, so würde er uns sicherlich ebenfalls antworten: „Mein Name ist Hase, ich verneine die Generalfragen, ich weiß von nichts.“

Die Menschen haben dem Hasen in früheren Zeiten allen Ernstes angetraut, daß er trotz seiner Zugehörigkeit zu der Klasse der Säugetiere die Kunst des Eierlegens verstände. Zu einzelnen Karikaturmalern werden noch heute ausgeblasene Eier aufbewahrt. Die nach Ansicht der Menschheit einer vergangenen Epoche von Hasen gelegt sein sollten. Dieser Glaube beschränkte sich aber damals nur auf einzelne Gegenden unseres Vaterlandes, wie Schwaben und Hessen. Anderswo war bis vor einigen Jahrzehnten die Fähigkeit des Hasen ganzlich unbekannt. Erst in der neuesten Zeit wurde der Glaube an den Eier legenden Osterhasen Allgemeingut der Kinderwelt, und erst in den letzten Jahrzehnten hat sich der Osterhase zu einem allgemein gültigen Osterhase entwickelt. Die Stelle, die in der Weihnachtsdekoration der Schaufenster der Weihnachtsbaum und der Weihnachtsmann einnimmt, gebührt jetzt in der vorrührlichen Zeit neben dem Osterhase dem Osterhasen. Der Grund, daß diesem ein solches Ansehen beigemessen werden ist, wird wohl darin liegen, daß man neben dem Osterhase ein weiteres passendes Osterhase vermehrt hat.

Während man freilich Bedenken nach der Richtung äußert, ob es angebracht sei, den Kindern den Glauben an den Osterhasen beizubringen oder sie darin zu bestärken, da doch solche Anschauungen und Vorstellungen der Natur und der Wirklichkeit direkt widersprechen. Nun, wir dürfen ganz unberührt sein, der Glaube an den Osterhasen hat noch keinem Kinde geschadet. Die Kinder kommen sehr wenig von selbst zu der Überzeugung, daß der Osterhase eigentlich ein falscher Hase ist. Sie kommen recht bald dahinter, daß es nicht der Osterhase ist, sondern jemand ganz anderes, der die Osterhasen — bei günstigem Osterwetter im Garten, bei ungünstigem Wetter aber in der Wohnung — legt.

Die beste soziale Arbeit!

So lautet das Thema, über das die Oberlehrerin Antje-Madeburg am Sonnabend in der Aula der Domschule sprach. Die Verlesung war von dem bürgerlichen Bunde der abstinierenden Frauen einberufen worden. Die Referentin gab selbst zu, daß das Thema wohl Widerspruch finden werde. Die heutige soziale Arbeit umfasse viele Gebiete und Wirkungsfelder, und erst dann, wenn man sie alle gründlich studiert habe, könne man sagen, dies oder jenes ist die beste soziale Arbeit. Aber das ist schließlich gleichgültig. Die beste soziale Arbeit sei die Abstinenz, denn mit den geringsten Mitteln erreiche sie die größten Erfolge. Durch sie würde sicher die Hälfte aller Gläubiger verschwinden! Das Wohnungsgeld sei keine Quelle des Wohlstandes, sondern umgekehrt, schlechte Wohnungen seien eine Folge des reichlichen Alkoholkonsums! Schlimmer können keine Ursachen und Wirkungen noch wohl nicht verkannt werden. Die Laster werden direkt auf den Kopf gestellt. Eine solche Lasterbekämpfung ist das „gründliche Studium“ in seiner ganzen Herrlichkeit. Sehr schön war auch das Bekenntnis, daß man bei allen anderen sozialen Arbeiten Geld braucht. Predige man den Arbeitern, sie müßten bessere Wohnungen haben, dann müßten sie auch die nötigen Geldmittel zu diesem Zweck verlangen. Und trotz der angenehmen und schönen Wohnungen würden sie den Belohnung der Kneipe nicht aufgeben. Gewiß das Wohnungsgeld ist nicht die Ursache des Alkoholkonsums, aber die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse zusammen mit der Wohnungsnot treiben manchen braven Arbeiter in die Arme des Dämonen Alkohols. Interessant war auch die Feststellung, daß jeder lebende Deutsche Student verbummelt. Da haben ja

die Herrschaften von der bürgerlichen „Jugendpflege“ ein schönes Betätigungsfeld. Mögen sie sich um die „goldene Jugend“ ihrer Kreise kümmern. Die Arbeiterchaft ist mündig genug, ihren Nachwuchs selbst zu erziehen, und zwar so, wie sie es für richtig hält. Ein hartes, aber zutreffendes Urteil fällt die Rednerin über die patriotischen Festschüler. Die unmoralischen Trinksitten herrschen selbst in höheren Kreisen. Die ganze Gesellschaft sei an der Bekämpfung des Alkoholkonsums interessiert, da seine verheerenden Wirkungen die Steuern der Allgemeinheit in Anspruch nehmen.

Die Ausführungen der Referentin über die Wohnungsfrage fanden so recht den Beifall des Sozialistenführers Dr. John vom Bunde Ostdeutscher Industrieller. In der Debatte stellte er sogar die unverschämte Behauptung auf: Je mehr die Arbeiter verdienen, um so mehr verkränken sie! Der Mann ist Ehre und Liebe des Bundes abstinenter Frauen! Und die Bekämpfung solcher rückständigen Anschauungen nennen diese Leute die größte soziale Arbeit!

Der Arzt Dr. Catot vertrat dagegen den Standpunkt, daß das Wohnungsgeld wohl mitschuldig sei an dem Ausbreiten des Alkoholkonsums.

Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig und Umgegend.

1. Die Genossenschaft hielt am Palmsonntag im Bildungsvereinssaal eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse Grünhagen gab den Bericht des Vorstandes. Zunächst zeigte er an einigen Beispielen die großartige Leistungsfähigkeit der Hamburger Produktion und des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz. Der letztgenannte Verein wandte für seine arbeitslosen Mitglieder im verflochtenen Winter über 20 000 Mark auf. Auch die Entwicklung der Danziger Genossenschaft ist äußerst günstig. Die Bilanz vom 31. Dezember 1913 gibt die Endsumme der Aktiven auf 27 182,61 Mark an. Darunter befindet sich der Warenbestand im Einkaufswerte von 12 923,16 Mark. Ferner ein Konsumguthaben bei der Großverkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine in Höhe von 9361,33 Mark. Die Passiven erreichen ebenfalls die Summe von 27 182,61 Mark. Der Reingewinn betrug 3833,50 Mark. Es wird voraussichtlich eine Rückvergütung von vier Prozent des gekauften Warenwerts erfolgen.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Anfange des Geschäftsjahres 848. Am 31. Dezember 1913 war die Mitgliederzahl auf 1091 gestiegen und am 1. April 1914 waren 1254 Mitglieder eingetragen. Die Entwicklung war also sehr günstig. Die Konsumguthaben vermehrten sich um 4465,50 Mark und die Kassasumme um 6750,00 Mark. Letztere betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 32 190,00 Mark.

Der Umsatz betrug in den Monaten April, Mai, Juni 23 919,29 Mark, Juli, August, September 25 401,39 Mark, Oktober, November, Dezember 31 805,27 Mark, Januar, Februar, März 28 588,11 Mark. Der Gesamtumsatz betrug im ersten Geschäftsjahr 120 523,71 Mark einschließlich des Lieferantenumsatzes von 10 909,65 Mark. So imponant diese Zahlen sind, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Umsatz viel zu wünschen übrig läßt. Er beträgt im Durchschnitt pro Mitglied und Jahr etwa 101 Mark. Dagegen bei der Hamburger Produktion 447 Mark. Nun ist wohl zu beachten, daß der Danziger Verein eine große Zahl Mitglieder hat, die erst gegen Ende des Geschäftsjahres eingetreten sind. Ferner wirken die weiten Wege hemmend auf die Kauflust im eigenen Geschäft.

Darum ist die Einführung von Filialgeschäften geplant. Überall wo günstige Vorbedingungen vorhanden sind, sollen sie geschaffen werden. In erster Linie kommen Langfuhr und Neufahrwasser in Frage. In Langfuhr wohnen 254 Mitglieder des Konsumvereins, ein Zweiggeschäft würde also lebensfähig sein. Bei der Beschaffung eines Ladenlokals stößt der Vorstand auf Schwierigkeiten. Er hofft eventuell am 1. Juli, spätestens jedoch am 1. Oktober dieses Jahres das neue Geschäft eröffnen zu können. Es liegt in der Nähe des Marktes und kann so von allen Mitgliedern leicht erreicht werden.

In Neufahrwasser sind 154 Mitglieder vorhanden. Durch tatkräftige Hausagitation wird sich diese Zahl sicher noch erhöhen lassen. Auch hier wird in absehbarer Zeit ein Zweiggeschäft eröffnet werden. Den anderen Stadtteilen Danzigs möge dies ein Ansporn sein, für die Erhöhung ihrer Mitgliederzahlen Sorge zu tragen. Sobald genügend Mitglieder vorhanden sind, wird eine Filiale eröffnet werden.

Von vielen Mitgliedern wird die Einführung einer Mobilien-Versicherung gewünscht. Derartige Verträge können abgeschlossen werden durch die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine bei der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungsgesellschaft. Diese Versicherung bietet die gleichen Vorteile wie jede andere Gesellschaft. Die Genossenschaft hat außerdem noch einen Nutzen.

Als Aufsichtsratsmitglieder wurden für die nächsten drei Jahre gewählt die Genossen Lattenhauer, Kirsche, Wegener, Red.

Um den Mitgliedern der Konsumgenossenschaft eine Gelegenheit zum Sparen zu geben, werden Spartarten und Sparmarken ausgeben. Eine Sparmarke kostet 10 Pfennige. Entbält eine Karte 30 von diesen Marken, so wird sie gegen ein Sparbuch eingetauscht. Das Kapital wird alsdann mit dem Beginn des nächsten Monats mit 3½ Prozent verzinst. Von den Sparguthaben können kleinere Beträge ohne Kündigung abgehoben werden. Bei größeren Beträgen kann von dem Vorstand eine Kündigungsfrist verlangt werden.

Der vierte Punkt der Tagesordnung „Genossenschaftliches“ führte zu einer lebhaften Aussprache. Es wurden Wünsche verschiedener Art laut. Insbesondere das Lieferanten-geschäft führt zu Unzufriedenheiten. Deshalb wurden einzelne Lieferantenverträge wieder aufgehoben. Der Arbeit auf diesem Gebiete stellen sich große Schwierigkeiten entgegen. Der Vorstand wird stets die Interessen der Mitglieder wahrnehmen.

Die Verlesung zeigte, daß die Konsumgenossenschaft für Danzig auf der Bahn der Vorkwärtsentwicklung rüstig weiterstrebt und das Vertrauen aller Arbeiter verdient.

Gaben der Liebe.

Zwei brave Danziger Seeleute fanden beim Untergang des Dampfers Heinrich in den nördlichen Wellen des Golfs von Biskaya den Heldentod. Den Heldentod leider

für fremde Interessen. Wer weiß, wie vielen von ihnen die fürchterlichen letzten Stunden noch durch bange Gedanken über die Zukunft der Lieben dahel verbrüht worden sind. Diese Befürchtungen sind leider nicht unbegründet. Schlimmer als die Wut der Elemente, denen der Seemann täglich ausgeliefert ist, wirkt die brutale Unkultur unserer göttlich genannten Weltordnung, die das vernichtende Bösen der blind waltenden Naturkräfte unendlich verstärkt. Offiziere und hohe Beamte, die zu den bestgehenden Klassen gehören, wissen, wenn sie in gestörter Position sterben, ihre Angehörigen durch reichliche Pensionen gesichert. Die armen Hinterbliebenen schlechthinster Seeleute erhalten bestenfalls sehr kärgliche Unfallrenten. Aber auch diese gibt es, wie selbst der Seemannsmissonar Weenekamp öffentlich klagte, nur nach überlanger Wartezeit. Um die größte Not von den der Ernährer beraubten Witwen und Waisen fernzuhalten, muß deshalb der Bettelack geschwungen werden. Der grundgütige Vater Staat kann auch bei solchen Katastrophen beim besten Willen nicht eingreifen. Er muß dafür sorgen, daß immer mehr Panzerschiffe für 50 Millionen Mark pro Stück zur Verteidigung des geliebten Vaterlandes und zur Sicherung von Leben und Eigentum seiner Einwohner im Interesse von Krupp und Schichau gebaut werden können.

Deshalb mußte denn auch für die Opfer des Heinrich öffentlich gebettelt werden. Rührend flehte Missionar Weenekamp um ein gutes Beispiel, damit der Verhehung unter den Seeleuten der Boden entzogen würde. Kurz vorher hatte ja auch die Danziger Reederei Aktiengesellschaft, in deren Aufsichtsrat der freisinnige Kommerzienrat Münsterberg die erste Geige spielt, 50 000 Mark Dividende und 250 000 Mark neue Aktien, zusammen 300 000 Mark, an ihre Aktionäre verteilt. Trotzdem hat selbst der Massentod so vieler Proletarier des Meeres die Kapitalisten kalt gelassen. Der Missionar quittiert über ganze 67 Mark als Ertrag der Sammlung. Volle 500 Mark gab ferner noch die Besitzerin des untergegangenen Schiffes, die Reederei Emil R. Reklaff in Stettin. Den Wert des gescheiterten Dampfers hat sie von der Versicherungsgesellschaft voll ersetzt erhalten. Deshalb soll sie also als Nächstebeteiligte nicht mit dem guten Beispiel edelmütiger Hilfe für die Angehörigen der Ertrunkenen vorangehen. Zu wenig ist es ja auch nicht, was sie gab. Zählt man die Opfer der schreckensvollen Katastrophe und die Hinterbliebenen zusammen, so dürften auf jeden Kopf wirklich 10 Reichsmark kommen!

Den größeren Teil der außerdem gesammelten 67 Mark haben Seeleute gespendet. Ein Koch W. gab allein 5 Mark.

Die Seekapitalisten glänzen dafür durch Abwesenheit! Sie begnügen sich bescheidenlich mit den Dividenden und dem Profit, den sie aus dem Leben und auch aus dem Tode der Seeleute münzen. Dafür feiern sie dann in den Saalons ihrer Villen mit Musik und Dichtkunst die grauig-schöne Romantik des unendlichen Meeres.

Die steigende Wohnungsnot

findet in der bürgerlichen Presse, die leider in der Hauptsache durch die Abonnements der Arbeiter existiert, keine Beachtung. Die dummen Arbeiterabonnenten glauben die hochweisen Redaktionen, vor allem die der Fuchsschen Neuesten Nachrichten, selbst in dieser wichtigen Lebensfrage brüskieren zu dürfen. Selbst von der durch uns berichteten Massenobdachlosigkeit der Mieter in Neufahrwasser hat keine andere Danziger Zeitung ihren Lesern etwas mitgeteilt. Sie sparen sich ihre moralische Entrüstung für irgend einen kindischen Dummengunstreich oder für den Fall, wenn ein armer Teufel in der Not über einen Paragraphen stolpert. Den heiligen Hausbesitzern darf aber nie zu nahe getreten werden, auch dann nicht, wenn ihre Bedrückung der Mieter zu einem öffentlichen Skandal führt. Dieser Fall zeigt sehr deutlich, für wen und in wessen Interesse die bürgerlichen Blätter geschrieben werden.

Übrigens weiß auch das famose Pressebureau des Magistrats über die den Mietern aufgewungene Obdachlosigkeit nichts zu sagen. Und der Magistrat, der mit dem Oberbürgermeister allen Bürgern das Leben angenehmer machen will, schweigt seine Mitschuld tot. Er rührt nicht einen Finger für die durch hausagratische Profitgier im unvergleichlich herrlichen Vaterlande vogelfrei auf die Straße Gestoßenen.

Die Erkenntnis von der Unträglichkeit der Wohnungsmißstände dämmert unter der Wucht der Tatsachen auch immer stärker in den Kreisen, die sich sonst mit Hand und Fuß gegen die sozialdemokratische „Verhehung“ wehren, um möglichst gut angeschrieben zu bleiben. Der zentrumschwarze Verband Deutscher Militärhandwerker und -arbeiter, Sig Elberfeld, hat dem Reichstage eine Denkschrift über die Lage der ihm vertretenen Arbeiter zugestellt. Darin wird über Danzig gesagt:

Zwei Zimmer und Küche kosten 30 bis 40 Mark, drei Zimmer und Küche bis 60 Mark den Monat. Die Wohnungsverhältnisse sind die denkbar schlechtesten, die Anzahl der Wohnungen ist ungenügend. Bei Nachfrage ist das erste: Wieviel Kinder haben Sie? Bei zwei Kindern hält es schon schwer, eine Wohnung zu bekommen.

Dagegen klingt noch herrlich, was die gesinnungstüchtige Denkschrift über Grauden z klagen weiß:

Grauden: Zwei Zimmer und Küche 235 Mark, in Bororten drei Zimmer und Küche 350 Mark. Der größte Teil der Arbeiter wohnt in den Bororten, weil die Wohnungen in der Stadt bei dem niedrigen Lohn zu teuer sind. Kinderreiche Familien bekommen in der Stadt kaum Wohnung.

Überall also die infame Feststellung, daß die Hausagrarien, die gesinnungstüchtigsten aller Staatserhaltenden, selbst unter dem ostelbischen Banner allbrüderlichen Teutentums das Verbrechen des Kinderbekommens unnachlässig mit der verbrecherischen Aussperrung aus der Wohnung bestrafen! So blüht Heil auf deutscher Erde demjenigen, der die Zukunft seines Volkes sichert.

Die Danziger Wohnungszustände werden durch die Denkschrift auch nicht annähernd in ihrer vollen Schrecklichkeit erfaßt. Trotzdem ist sie ein weiterer Beweis für unsere alte Forderung, daß der Magistrat Häuser bauen und vermieten soll, in denen die Mieter gegen Brutalisierung und Ausbeutung durch die Hausagrarien geschützt sind.